

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 4. Dezember 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Die Thronrede des Stillstands.

Am Donnerstagvormittag wurde der neue Reichstag durch den Grafen Bülow eröffnet, indem er diese Thronrede vortrug:

Geehrte Herren!

Seine Majestät der Kaiser haben mich zu beauftragen gerufen, Sie in seinem und der verbündeten Regierungen Namen am Beginn der ersten Tagung der neuen Legislaturperiode willkommen zu heißen. Seine Majestät vereinigten sich mit seinen hohen Verbündeten in dem Wunsche, daß es Ihnen gelingen möge, die wichtigsten und schwierigsten Fragen, die auf den verschiedenen Gebieten der Reichsverwaltung an Sie herangetragen werden, in einmütigen Zusammenwirken mit den Regierungen zu gedeihlicher Lösung zu bringen. Auch haben Seine Majestät mich beauftragt, von dieser Stelle aus seinen kaiserlichen Amt auszusprechen, die an seinem Leiden und an seiner Heilung einen seinem Herzen wohlthunenden Anteil genommen haben.

Der wirtschaftliche Druck, welcher seit mehreren Jahren auf allen Staaten mit hochentwickelter Industrie lastet und auch gegenwärtig noch nicht ganz überwunden ist, hat auch auf die Finanzen des Reiches seine ungünstigen Einwirkungen ausgeübt. Trotz sparsamer Bemessung der Ausgaben muß zur Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalts-Etat neben der Heranziehung der Bundesstaaten zu ungedeckten Beiträgen wiederum auf die Anleihe zurückgegriffen werden.

Das Bedürfnis einer besseren Ordnung der Reichsfinanzen und des finanziellen Verhältnisses zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten hat sich immer mehr geltend gemacht. Wenn auch eine durchgreifende organische Reform zur Zeit noch nicht erfolgen kann, so soll sie doch einwirken durch Beseitigung der bestehenden größten Uebelstände wenigstens angebahnt werden. Zu diesem Zwecke wird dem Reichstag ein Gesetzentwurf, betreffend die anderweitige Ordnung des Finanzwesens des Reiches, zugehen.

Auf dem Gebiete des Heerwesens soll zunächst die Verlängerung des mit dem 31. März 1904 ablaufenden Gesetzes, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres vom 25. März 1899, um ein Jahr vorgeschlagen werden. Es ist ferner als dringendes Bedürfnis anerkannt worden, das Versorgungswesen für die Offiziere und Mannschaften des Reichsheeres den zeitigen Lebens- und Erwerbverhältnissen entsprechend gesetzlich neu zu regeln. Zwei Gesetzentwürfe, durch welche auch die Versorgung der Offiziere und Mannschaften der Marine und der Schutztruppen auf gleicher Grundlage neu geordnet werden soll, werden Gegenstand der Beschlussfassung des Bundesrats sein.

Die socialpolitische Gesetzgebung auf den in früheren Bundesgebungen vorgezeichneten Grundlagen fortzuführen, den Bedürfnissen erweiterter Fürsorge, den Schwachen erhöhten Schutz zu gewähren, sind die verbündeten Regierungen — uneinig durch politische Strömungen — fest entschlossen. Sie geben sich der Hoffnung hin, in allen Kreisen volles Verständnis dafür zu finden, daß durch das schnelle Anwachsen unserer Bevölkerung und durch die allgemeine Entwicklung unserer Erwerbsverhältnisse die Tätigkeit der Regierungen und die Opferbereitschaft des deutschen Volkes noch vor große Aufgaben gestellt sind, wenn wir den Anforderungen steigender Kultur gerecht werden sollen.

Durch eine besondere Vorlage ist den verbündeten Regierungen vorgeschlagen, in Erfüllung eines weitverbreiteten Wunsches Streitigkeiten der Handlungsbefugnisse aus ihrem Dienstverhältnis vor einem durch sachkundige Weisiger aus den Kreisen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer vermittelten Gericht in einem schleunigen Verfahren zum Austrage zu bringen.

Das Biersteuergesetz vom 22. Juni 1896 verfolgt in den Bestimmungen des Abschnitts IV über den Vorkauf von Bier in Handel unter anderem das Bestreben, einer Ausnutzung des Bierverkaufs zu unwirtschaftlichen, insbesondere zu reinen Spielzwecken, entgegenzuwirken. Indessen haben sich unter dem Schutze einzelner Vorschriften des Gesetzes Mißbräuche herausgebildet, die Treu und Glauben verletzen und hierdurch den volkswirtschaftlich berechtigten und notwendigen Bierverkehr empfindlich schädigen. Um diese Erscheinungen zu beseitigen, wird eine Aenderung jenes Gesetzesabschnitts zur Beratung gestellt werden. Im Anschlusse hieran soll versucht werden, durch eine Aenderung der Reichs-Stempelgesetzgebung berechtigten Interessen des Bierverkaufs entgegen zu kommen. Dabei werden auch Unzulänglichkeiten zu beseitigen sein, die sich im Gebiete dieser Gesetzgebung in anderer Richtung, insbesondere in Bezug auf die Ausstellungen, ergeben haben.

Bedenklicherweise sind neuerdings in einem Teile der deutschen Nordgebiete Schädlinge in einem Umfange aufgetreten, der für die Zukunft unseres Weinbaues zu schweren Besorgnissen Anlaß giebt. Die geltenden geschäftlichen Bestimmungen haben sich zur erfolgreichen Bekämpfung der drohenden Gefahr in manchen Punkten als unzulänglich erwiesen. Es wird daher eine Vorlage ausgearbeitet, die den Behörden schärfere Waffen in die Hand geben soll, um auf diese Weise jenen kostbaren Zweig der deutschen Landwirtschaft vor größerem Anlasse zu bewahren.

In Erfüllung eines Wunsches, der vom Reichstag in früheren Legislaturperioden wiederholt ausgesprochen ist, verhandelt der Bundesrat über einen Gesetzentwurf, welcher die Frage eines gesetzlichen Entschädigungsanspruchs für unschuldig erlittene Untersuchungshaft zu regeln bestimmt ist.

Die wirtschaftliche Entwicklung unserer Schutzgebiete hängt davon ab, daß es gelingt, sie mit leistungsfähigen Verkehrs-mitteln auszustatten. Besonders dringlich ist dies für die Entwicklung von Deutsch-Ostafrika. Es besteht die Absicht, den schon dem letzten Reichstage vorgelegten Gesetzentwurf über die Jinsgarantie für eine Bahn von Dar-es-Salaam nach Mogoro, nachdem dieser Entwurf wiederholter Prüfung unterzogen worden ist, mit einigen Aenderungen Ihrer Beschlussfassung von neuem zu unterbreiten.

Auf Grund des im Vorjahre ausgefallenen neuen Zolltarifs sind mit mehreren Staaten des europäischen Kontinents Unterhandlungen wegen Neugestaltung der bestehenden Handels- und Tarifverträge eingeleitet worden. Bei der gegenwärtigen Sachlage erscheint es zweckmäßig, die bisherigen Grundlagen für die Regelung des handelspolitischen Verhältnisses zum Britischen Reiche einstweilen beizubehalten. Es wird Ihnen deshalb der Entwurf eines Gesetzes zugehen, welches dem Bundesrat über den 31. Dezember

dieses Jahres hinaus die Befugnis zur meistbegünstigten Behandlung britischer Angehöriger und Erzeugnisse beilegt.

Das Deutsche Reich unterhält zu allen fremden Mächten gute und freundliche Beziehungen: In der schwierigen macedonischen Frage, welche die europäische Diplomatie in der letzten Zeit am meisten beschäftigte, haben deutsche Interessen erst in zweiter Linie. Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers hat aber an ihrem Teile mitgewirkt, um ernstlichen Verwicklungen thunlichst vorzubeugen und zum Erfolge der Bestrebungen der nächstbeteiligten Mächte für ruhige und geordnete Zustände in Macedonien beizutragen. Seine Majestät der Kaiser hat zu seiner Freude auch in diesem Jahre mit seinen hohen Verbündeten in Rom und in Wien und mit dem befreundeten Herrscher des russischen Reiches in persönlichen Gedanken-austausch treten können. Dabei ist der Wunsch und die Hoffnung aufs neue befestigt worden, daß der Friede, das größte Gut für die Wohlfahrt der Völker, auch ferner vor gefährlichen Störungen bewahrt bleibe.

Geehrte Herren! Sie stehen im Begriff, Ihre bedeutsamen und verantwortungsvollen Arbeiten aufzunehmen. Möchten Ihre Verhandlungen dazu beitragen, den friedlichen Ausgleich bestehender Gegensätze zu fördern, die wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes mehr und mehr zu bessern und des Reiches Macht und Ansehen zu unsrer aller Wohl zu heben und zu stärken.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des Kaisers erkläre ich im Namen der verbündeten Regierungen den Reichstag für eröffnet.

Die Thronrede muß der Politik oder richtiger der Richt-politik der gegenwärtigen Regierung entsprechen. Sie ist der Ausdruck der die jetzige Lage beherrschenden Thatsache, daß die Regierung Politik nicht betreibt, wenn Politik über bedeutet. Klare Ueberzeugung und in bestimmter Richtung ausgreifenden Willen zu haben. Die Regierung des Grafen Bülow hat weder Ueberzeugungen, noch Willen; sie war, so lange sie besteht, die Regierung, die regiert wird, die sich von den Strömungen des Tages unselbständig bis zur Hülfslosigkeit treiben läßt.

Zu Beginn einer neuen Periode der gesetzgeberischen Tätigkeit sollten neuer Schwung und neues Leben einsehen. In den Wahlen hat die Partei, welche zu neuen Thaten und grund-sätzlichen Arbeiten ruft, die gewaltigste Zustimmungslundgebung der Wähler erhalten, aber diese heutzutage Regierung gedenkt in alten Geleisen fortzuführen. Sie stellt in der Thronrede ein Programm auf, das nichts ist als eine Reihenfolge von Provisorien und Unklar-heiten.

Eine einzige Ankündigung giebt dieser Thronrede ein winziges Licht, aber auch dieses Licht flackert unsicher und zweideutig. Es soll endlich die Frage der Entschädigung für unschuldig erlittene Unter-suchungshaft geregelt werden. Aber — vorläufig verhandelt erst der Bundesrat über einen solchen Gesetzentwurf; wann er zu Stande kommt und wie er alsdann aussehen wird, das bleibt zunächst ver-borgen. Mit dieser geringen und unsicheren Verstärkung ist aber sogleich alles erschöpft, was die Thronrede an Erhellendem verspricht. Sonst allenthalben nichts als hilfloses Davieren durch die Untiefen und Klümpen, welche die Unnatur der kapitalistischen Einrichtungen und die Irrungen der Regierung selbst verursacht haben.

Die Finanzlage ist jämmerlich. Die Schuld wird dem wirtschaftlichen Druck beigemessen, während die tolle Veranschwendung der Reichsgelder in unproduktiven Ausgaben natürlich für die Thronrede nicht existiert. Die Abhilfe soll daher nicht durch Verringerung der Ueberausgaben, sondern durch „eine durchgreifende organische Reform“ der Finanzen erfolgen, von deren Wesen freilich nichts mitgeteilt wird, weil die Regierung nicht Reue hat, die volks-feindlichen Pläne, mit denen sie sich trägt, eher mitzuteilen, als sie den Einfluß der künftigen Zollfrage auf die Reichseinnahmen abschätzen kann. Vorläufig sollen daher nur die „größten Uebelstände“ beseitigt werden. Die dieser Absicht dienende Vor-lage wird bereits in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ver-öffentlicht. Sie befaßt sich mit äußerst gefährlichen Ausfallsmitteln und zeigt, daß die Regierung keinenfalls an eine Finanzreform der Volkserleichterung denkt. Die furchtbare Finanzpolitik der indirekten Besteuerung aller Lebensbedürfnisse der arbeitenden Klassen soll fortgeführt, soll weiter gesteigert werden!

Zunächst hofft die Regierung auf neue Einnahmen aus dem neuen Zolltarif. Aber gerade der Zolltarif hat die Regierung und die Parteien, die ihn durch Rechtsbruch und Gewalt geschaffen, in schwerste Verlegenheit gestürzt. Für die Durchführung des Zucker-tarifs wurde die Unterstützung der Nationalliberalen vor Jahresfrist nur gewonnen durch die Erregung des Glaubens an die alsbaldige Möglichkeit, neue Handelsverträge zu erreichen. Aber die gläubig Hartenden haben sich bereits im vorigen Reichstag enttäuscht. Und jetzt muß die Regierung in der Thronrede das unsäglich blamable Geständnis ablegen, daß es noch immer nichts ist mit neuen Verträgen. Ueber diese wichtigste der Augenblicksfragen, deren schnelle und günstige Durchführung für einen erheblichen Teil der schutzlosen Reichstagsparteien die Voraussetzung für die Zu-stimmung zum Zolltarif gewesen ist, weiß die Regierung nichts zu länden als den inhaltsreichen gedankenreichen Satz: Es sind Unter-handlungen eingeleitet worden!

Gleich ratlos und trocken ist die socialpolitische An-kündigung der Thronrede. Wir vernehmen tönende Worte von er-weiterter Fürsorge für die Bedürftigen, von erhöhtem Schutze der Schwachen, ja von „großen Aufgaben“, von der Absicht, den An-forderungen der Kultur gerecht zu werden. Aber wir hören nichts, wie das schallende Wort zur That werden soll. Nur die An-lage der so lange schon versprochenen Vorlage eines Hand-lungsgehilfen-Gesetzes bietet Thatfähiges, und in dieser Frage wiederum zeigt die Fassung der Ankündigung, daß diese Vorlage bisher erst noch als Vorschlag bei den Regierungen liegt, und daß dieser Vorschlag nicht ein Handlungsgehilfengericht nach Vorbild der Gewerbegerichte will, wie die Gerichenschaft fordert.

Außerdem nichts von socialpolitischen Vorschlägen: kein Maximal-Arbeitstag, kein Koalitionsrecht, keine Reform des Versicherungs-wesens, keine Wohnungsreform! Nichts, nichts.

In gleicher Weise will die Regierung bei ihrer bisherigen Stellung zur militärischen Rüstungspolitik und zu den auswärtigen Angelegenheiten verharren. Der social-politischen Unthätigkeit gegenüber soll weiterhin der militärische Geschwindmarsch beibehalten bleiben. Zwar erscheinen neue größere Rüstungsforderungen für das Jahr 1904/05 nicht, aber lediglich wegen der Unmöglichkeit, die Mittel zu beschaffen. Die Bundesstaaten verweigern einen Augenblick die Zustimmung zu neuen Heeres- und Geschwaderforderungen, weil sie aus direkten Steuern noch geringe Beiträge zahlen müssen. Daher soll zunächst diese Bürde von den Bundesstaaten genommen werden, dann sollen im Folgejahr, sobald die indirekte Steuer- und Zollzahlung alles tragen muß, Militarismus und Marinismus, Kolonial- und Welt-politik die erzwungene Bescheidenheit des jetzigen Etats gut machen. Nur aus diesem Grunde soll die Friedenspräsenzstärke nicht wiederum für fünf Jahre festgelegt werden, sondern das ablaufende Gesetz soll noch für ein Jahr in Kraft bleiben. Die scheinbare Erfüllung der konstitutionellen Forderung auf jährliche Festlegung der Heeresstärke ist in Wirklichkeit nichts als die Verschleierung der Absicht, im nächsten Etat ein fünfjähriges-Gesetz mit außerordentlichen Reusforderungen zu schaffen. Der Militarismus bleibt wie er war, und unter dem Zeichen des militaristischen Rüstungswesens verbleibt dem Reiche der „Friede, das größte Gut für die Wohlfahrt der Völker“.

Was die Thronrede von einer Vorlage zum Würfengesetz sagt, bedeutet nur die Ausbesserung einiger unhaltbarer Unstüm-keiten, zu denen agrarische Reueigen 1896 Regierung und Reichstags-mehrheit verlocken. Die ostafrikanische Eisenbahnvorlage zeigt, daß alle kolonialpolitischen Enttäuschungen die kolonial-interessenten nicht hindern, nach weiteren Geldeaufwendungen auf Gesamtheitskosten zu drängen.

Eine Thronrede des politischen Stillstands, des Mangels an jedem größeren Plan! Eine Thronrede, in deren Farblosigkeit und Kraftlosigkeit sich die Verlegenheiten und Aufsichtlosigkeiten der heutigen Regierungskunst vollendet spiegeln!

#### Eine Vorlage zur Finanzreform.

Herr v. Stengel, der neue Reichs-Schatzsekretär, hat die geschätztesten Versuche zu einer Reform des Reichs-Finanzwesens, die seine Vorgänger im Jahre 1893/94 und 1894/95 unternahmen, wieder aufgenommen. Unter den Regierungsvorlagen, die dem Reichstage soeben zugehen, befindet sich als wichtigste und interessanteste ein „Entwurf eines Gesetzes betreffend Aenderungen im Finanzwesen des Reiches“, der den folgenden Wort-laut hat:

§ 1.  
Die Vorschriften über die Ueberweisung eines Teiles des Ertrages der Zölle und der Tabaksteuer, dann des Ertrages der Stempelabgaben an die Bundesstaaten (§ 8 des durch die Bekannt-machung vom 24. Mai 1888, Reichs-Gesetzbl. S. 111, veröffentlichten Zolltarif-Gesetzes, § 55 des durch Bekanntmachung vom 14. Juni 1900, Reichs-Gesetzbl. S. 275, veröffentlichten Reichs-Stempel-gesetzes) sowie die Bestimmung § 2 des Gesetzes, betreffend Ver-wendung von Mehrerträgen der Reichseinnahmen und Ueber-weisung dieser zur Schulden Tilgung, vom 28. März 1903 (Reichs-Gesetzbl. S. 109) werden aufgehoben.

§ 2.  
Artikel 70 der Verfassung erhält folgende Fassung:  
„Artikel 70. Zur Bestreitung aller gemeinschaftlichen ordent-lichen Ausgaben dienen zunächst die aus den Zöllen und gemein-samen Steuern, aus dem Eisenbahn-, Post- und Telegraphen-wesen, sowie aus den übrigen Verwaltungszweigen fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen. Insofern die Ausgaben durch diese Einnahmen nicht gedeckt werden, sind sie, so lange die erforder-lichen Deckungsmittel nicht auf andere Weise, insbesondere durch Einführung weiterer Reichssteuern beschafft werden, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung auf-zubringen, welche in Höhe des budgetmäßigen Betrags durch den Reichsanzler ausgeschrieben werden. Insofern diese Beiträge in den Ueberweisungen keine Deckung finden, sind sie den Bundes-staaten am Jahresabschluss in dem Maße zu erstatten, als die übrigen ordentlichen Einnahmen des Reiches dessen Bedarf über-steigen.“

§ 3.  
Der budgetmäßige Betrag der von den Bundesstaaten aufzu-bringenden Beiträgen soll in der Regel den Betrag der von ihnen in den fünf Vorjahren durchschnittlich empfangenen Ueberweisungen nicht übersteigen.

§ 4.  
Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April 1905 in Kraft.  
Die beifolgende Begründung beschäftigt sich zunächst mit den Reformversuchen der neunziger Jahre und hebt wohlgefällig hervor, daß zum Unterschiede von diesen der neue Vorschlag mit seinen neuen Steuervorlagen verknüpft ist. Es besteht ohne Zweifel ein dringendes Bedürfnis nach neuen Steuern, doch müßte erst ab-gewartet werden, welche Ertragnisse der neue Zolltarif bringen wird.

Die bestehenden Uebelstände seien in der Hauptsache auf zwei Ursprünge zurückzuführen, einmal auf den Umfang, welchen die un-sprünglich in sehr bescheidenen Grenzen gehaltene sogenannte Fremdensteuereinkünfte allmählich angenommen hat, und darauf, daß die „Ueberflüsse der Vorjahre“ nach Artikel 70 Satz 1 der Ver-fassung als ordentliche Deckungsmittel Verwendung finden.

#### Die Interlions-Gebühr

Beträgt für die sechsheftige Kolonial-zeitschrift über deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Insetate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochen-tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Socialdemokrat Berlin“.

# Politische Uebersicht.

Verlin, den 3. Dezember.

Die erste Sitzung.

Der Reichstag ist zusammengetreten. Viele von den alten Gesäuern sind wieder erschienen, man sieht die Kardoff, die Spahn und Grober. Aber Herr Dertel glänzt nicht mehr durch den Sitzungssaal, die tadelloste Figur des Herrn Baffermann zieht nicht mehr die erste Bank der Nationalliberalen. Dafür blieb uns Herr Dr. Arendt bei den Freikonserwativen erhalten, er erstroht wunderbar im Festgewand und im Heiligenfchein, der von der in der evangelischen Hofkirche soeben verübten Andacht auf ihm ruht.

Die Reichsboten sind sehr zahlreich erschienen, besonders die neuen Männer. Wie oft wird sich in der kommenden Session diese Fälle wiederholen? Bei weitem nicht alle Mitglieder der bürgerlichen Parteien werden im ersten Eifer lange verbleiben, wie es von den socialdemokratischen Abgeordneten zu erwarten ist, die fast vollständig in der neuen imposanten Fraktionsstärke erschienen sind. Das ist die auffälligste Aenderung in der Ansicht des Reichstags: Die Socialdemokratie auf der äußersten Linken hat sich weit ausgebreitet. Herr Eugen Richter hat sich lange gekräußelt, freisinnige Plätze den neuen Socialdemokraten zu überlassen, er wünschte uns in die hintersten Reihen zurückgedrängt. Doch er mußte sich fügen, unsere Genossen haben eine von hinten nach vorn reichende Strephe, die früher von Freisinnigen besetzt war, eingenommen; nur in der ersten Bank sitzt noch Herr Lenzmann und weiter hinten Herr Payer. Außerdem umfassen unsere Abgeordneten auf den hinteren Bänken den ganzen Liberalismus bis hinein in die Rationalliberalen. Herr Richter aber ist gekränkt, er rath sich einen Platz auf der äußersten Rechten seiner kleinen Partei. Er wollte nicht dicht neben einem Socialdemokraten sitzen, dessen Nachbarschaft sicherlich den hohen Rang liberalen Denkens bedenklich gestört hätte.

Das älteste Mitglied des Hauses, der konservative Abgeordnete v. Winterfeldt-Mentlin betrat den Präsidentenplatz. Der alte Herr mußte lange die noch von den Obstruktionskämpfen heftiger Blöße schwingen, bis er die lebhaft sich unterhaltenden Gruppen trennte und Ruhe schaffte. Unter Beihilfe des Reichstagsdirektors vollbrachte der Alterspräsident die einleitenden Formalitäten. Schnell stellte sich die erste heitere Episode ein, da bei dem Aufruf von vier Schriftführern sich auch Herr Pauli-Potsdam auf die Tribüne begab, während sein Namensvetter aus dem Kreise Ober-Varnim gemeint war; sonst ertöndeten Hauptes mußte der rühmliche Vertreter von Ostbavelland abtreten und eruchte als Trost den Handschlag des Grafen Posa d o w s k y, der als Vertreter der Regierung der Eröffnungssitzung beizwohnte.

Der Namensaufruf ergab die Anwesenheit von 311 Mitgliedern. Der Reichstag war konstituiert und am Freitag soll er sich sein Präsidium wählen. Die Freitagssitzung beginnt 2 Uhr.

**Senioren-Konvent.** Von Seiten der socialdemokratischen Fraktion werden von jetzt ab drei statt bisher zwei Mitglieder in den Senioren-Konvent des Reichstags entsandt. Es wurden hierzu erwählt die Genossen Webel, Geher und Singer.

**Wahlprotest.** Unsere Parteigenossen des zweiten sibirischen Wahlkreises Lubian-Wehlan haben gegen die Wahl des Abgeordneten Herrn v. Massow Protest eingelegt. Herr v. Massow wurde nur mit 14 Stimmen Majorität gewählt, außerdem sind in diesem Kreise eine sehr große Anzahl Ungeheuerlichkeiten bei der Wahl vorgekommen, so daß der Reichstag mit diesem Mandat nicht viel Federlesens machen dürfte. Dieser Kreis schien den Konservativen sehr gefährdet zu sein, und so haben sie denn auch alles aufgebieten, um ihn zu halten. Es wurde in so manchem Lokale per Liste „geheim“ gewählt. Als Wahlurnen benutzte man offene Cigarettenkisten, Zuckerschälchen usw. Viele Arbeiter, die das sahen, übten deshalb nicht ihr Wahlrecht aus, aus Furcht nach der Wahl gemahregt zu werden. Rentenempfänger ließ man nicht wählen, trotzdem sie in der Liste waren.

## Ueber die Zukunft des Liberalismus

verbreitet sich in einem langen Artikel im „Tag“ der Reichstags-Abgeordnete P a a n i d e. Herr Dr. P a n i d e führt in der ersten Hälfte seines Artikels aus, daß die Aufgaben des bürgerlichen Liberalismus noch keineswegs erfüllt seien. Noch existiere kein konstitutionelles Regime, noch herrsche die Wissenschaft weder auf der Kanzel noch auf dem Katheder, noch schließe das Wahlrecht, namentlich in Preußen, ganze Bevölkerungsklassen von einer parlamentarischen Vertretung aus. Er fordere „eine Fülle unerledigter Arbeiten die bürgerliche Thätigkeit heraus“.

Trotz dieser Aufgaben, die es notwendig machen, daß der Liberalismus „jugendlich frisch sich rege“, sieht Herr P a n i d e ganz und gar nicht rosig in die nächste Zukunft. Sein Credo lautet:

„Der Freisinn, der sich und andre nicht täuschen will, wird somit in absehbarer Zukunft mit einem engeren Verbreitungskreis als früher rechnen müssen. Das Menschenmaterial, das ihm geblieben ist, setzt sich auf dem Lande hauptsächlich aus dem Kleinbauernthum, in den Städten aus den Handwerkern und Kaufleuten, an der Wasserfront aus den Vertretern der Schifffahrt, in den Industriezentren aus denjenigen Unternehmern, die von der Ueberpannung des Zollschutzes Schaden fürchten, aus Gewerbetreibenden und im übrigen aus Kopfarbeitern, Lehrern, Ärzten, Rechtsanwälten, Künstlern zusammen. Das sind die Stützen des Liberalismus, und sie können es bleiben, sobald sie richtig behandelt werden.“

P a n i d e ist zwar so einsichtig, die „Einbuße“ an liberaler „Spannkraft“ bis zu einem gewissen Grade auf „eigne Schuld“ des Liberalismus zurückzuführen, allein auch er freidet einen Teil der Schuld der freisinnigen Verelendung der Socialdemokratie an, gegen deren rücksichtsloses Vertreten der proletarischen Klasseninteressen die liberalen „Prediger des Gemeinwohl“ (!) natürlich nicht hätten aufkommen können. Die Klassenpolitik innerhalb der besitzenden Schichten, die auch überseits das Rekrutierungsgebiet des Freisinn auf seine Interessengruppen beschränkten, überhaupt die Notwendigkeit der Klassenpolitik übergeht Herr P a n i d e natürlich. Er ist sogar so naiv, schließlich trotz alledem wieder von der großen geeinten Linken der Zukunft zu schwärmen. Einer großen liberalen Partei, die keine metaphysische Fraktionskritik mehr kennt, deren Führer nicht mehr an „alttischen Feinsitten“ ihren „My“ erproben, sondern die mit gläubiger Versessenheit für „des Vaterlandes Glanz und Größe“, für „innere Gerechtigkeit, Wissenschaft, sozialen Frieden, Verheilung der Völker“ kämpfen. Mit einem Wort: Herr P a n i d e erklärt als umgekehrter Descendenztheoretiker den politischen Urfaulheit für das vollendetste Produkt der Parteidewildung!

Es wäre grauam, einen solch selig machenden Glauben erschüttern zu wollen!

**Ein neuer Protest gegen die „Freisinnige Zeitung“.** Der Freisinnige Volksverein für Schöneberg und Umgegend hatte zu Mittwochabend „alle liberalen Männer im Westen Groß-Verlins“ zu einer öffentlichen Versammlung nach den „Augusta Victoria-Sälen“ in der Lutherstraße einberufen, in welcher Dr. Th. Barth über das Thema: „Was lehren uns die preussischen Landtagswahlen?“ referierte. Zu Beginn der Versammlung gab der Vereinsvorsitzende Salinger folgende Erklärung ab: „Die „Freisinnige Zeitung“ hat eine auf diese Zusammenkunft bezügliche hässliche Notiz veröffentlicht, in der sie betont, daß wir uns dazu hergeben hätten, den Dr. Barth hier reden zu lassen. Demgegenüber stelle ich fest, daß

Dr. Barth nicht an uns herangetreten ist, sondern daß der Gesamtvorstand des Vereins einstimmig beschlossen hat, Dr. Barth um Ueberrahme des Vortrages zu ersuchen. (Lebhafter Beifall.) Wir begrüßen es mit Freude, daß Dr. Barth trotz der ihm gewordenen Aufseindungen seitens unserer Parteileitung keinen so engstirnigen Standpunkt einnimmt wie die Richterische Richtung. Es wird höchste Zeit für alle wirklich Liberalen, offen zu bekennen, daß sie sich von der Parteileitung nicht knebeln lassen, daß sie vielmehr ihre Redner sich selbst nach eigenem Ermessen auswählen werden.“ (Anhaltender Beifall.)

Dr. Barth legte dann in einem längeren Vortrage seine bereits in andern Versammlungen behandelten Anschauungen über die Verhängung des Liberalismus dar, ohne indes wesentlich neue Gesichtspunkte aufzustellen. Zum Schluß wurde mit überwältigender Majorität folgende Resolution angenommen, die, wie der Vorsitzende ausdrücklich hervorhob, nicht etwa von Dr. Barth bestellt, sondern aus der Mitte der Versammlung heraus eingegangen sei:

„Die heutige zahlreich besuchte öffentliche Versammlung des Freisinnigen Volksvereins für Schöneberg und Umgegend erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie spricht die Erwartung aus, daß der Freisinnige Volksverein in den nächsten Jahren energisch liberale Grundzüge vertreten wird. Die Versammlung erwartet ferner vom Freisinnigen Volksverein, daß es ihm gelingen wird, alle liberalen Männer in Schöneberg zu einigen und zu gemeinsamer, entschiedener liberaler Politik zu bringen.“

Von einigen anwesenden Mitgliedern des „Salbe- Vereins“ wurde verfaßt, den ersten Teil der Resolution durch besondere Abstimmung zu Falle zu bringen, doch scheiterte dieser Versuch.

Es bleibt abzuwarten, ob der Versuch, das Regiment Eugen Richters abzuschütteln und in Berlin eine geeinte liberale Partei zu bilden, Erfolg haben wird. Uebrigens hat Herr Barth selbst in Schleswig-Holstein mit dem fraktionslosen Liberalismus böse Erfahrungen machen müssen. Dieser Liberalismus ließ sich, ohne sich formell der Freisinnigen Vereinigung anzuschließen, Herrn Barths Protektion um so lieber gefallen, als ihm, der in der Marinestadt Kiel seinen Hauptstih hatte, die Richterische Opposition gegen die Militär- und Weltpolitik unbehagen war. Er trug aber andererseits nicht die geringsten Bedenken, auch Herrn Barth in dem Augenblick die Heeresfolge zu verlagern, wo dieser für ein Zusammengehen mit der Socialdemokratie bei den Landtagswahlen eintrat. Wir fürchten sehr, auch ein Berliner fraktionsloser „Liberalismus“ könnte sich einmal als gleich traurige Zwitterbildung entpuppen.

**Wer wagt es? Der unüberborene, konfuzienlose Verwandlungskünstler Max Lorenz** sucht in der „Antisocialdemokratischen Korrespondenz“ die Ordnungsmomente des Reichstags in folgender Weise aufzuspüren:

„Auch in den parlamentarischen Kämpfen ist der Hieb immer die beste Parabe. Ein solcher Hieb muß natürlich nach solchen Stellen geführt werden, an denen der Gegner wirklich schwer verwundbar ist. Wir meinen z. B. nicht, daß durch ein weiteres Preitreten der Ereignisse des Dresdener Parteitag's große Vorbeeren zu gewinnen sind. Es hat sich eben durch inzwischen erfolgte weitere socialdemokratische Wahlsiege — z. B. in Wittweida, bei den Berliner und Dresdener Stadtverordnetenwahlen — gezeigt, daß die Masse der Partei in ihrer Ueberzeugungskraft durch die Dresdener Vorgänge keine Einbuße erlitten hat. Die „Akademiker“ haben sich allerdings gegenseitig kompromittiert, und mit Webel Abrechnung zu halten, wäre wohl reichlich Anlaß vorhanden. Wer von unsren Volksvertretern wagt es und fählt die Kraft in sich, Herrn Webel, den „ehrlichen Kanakker“, im Reichstag zu stellen?“

Warum hat man nicht Max Lorenz selbst in den Reichstag geschickt, um sich die verdiente Abfuhr bräuhwarm zu holen? —

## Der fromme Landgerichtsrat.

Die an sich gar nicht besonders bedeutende Rede des Breslauer Professors L a d e n b u r g auf der Naturforscher-Versammlung in Kassel hat vor einigen Tagen auch die Breslauer Synode in ihrer letzten Sitzung beschäftigt. Bei dieser Gelegenheit hat der Synodale, Landgerichtsrat P a a s e erklärt, er sei durch die Ladenburg'schen Ausführungen in seinen Gefühlen als evangelischer Christ verletzt worden. Doch nicht allein vom christlichen Standpunkte aus findet Herr Paase die Ausführungen Ladenburg's bedenklich, sondern auch als preussischer Richter, insofern nämlich Jengen vor Gericht sich auf Ladenburg berufen und die Eidesformel verwerfen konnten. Die Enttäuschung des Herrn Landgerichtsrats ging so weit, daß er eine Resolution empfahl, worin das tiefste Bedauern über die Kassel'sche Rede ausgesprochen wird. Die Synode erklärte, daß sie sich „aufs neue zu der durch seine Wissenschaft zu erschütternde Wahrheit des Evangeliums bekennt“. Erst die Erwiderung der Kollegen von der theologischen Fakultät, die betonten, daß die Angelegenheit durch die Kirchengemeinde mit Ladenburg geregelt sei, und die Versicherung, daß die Naturforscher im nächsten Jahre in Breslau nicht wieder eine so gottlose Rede halten würden, konnten den schwerverletzten Juristen einigermaßen beruhigen.

Bezüglich der Verletzung Haases, daß die Jengen künftig beim Schwur Schwierigkeiten machen könnten, wollen wir dem Herrn Landgerichtsrat verraten, daß auch vor der Ladenburg'schen Rede schon recht viele Menschen weder an einen persönlichen Gott, noch an die ewige Seligkeit geglaubt und doch die Bedeutung des Eides gewärtig haben. Es würde also Sache des Richters sein, ihrertis die Ueberzeugung dieser Ungläubigen zu berücksichtigen und für dieselben eine andre Form der Vereidigung anzuwenden.

Das merkwürdigste ist aber die Erklärung, daß auf der nächstjährigen Naturforscher-Versammlung nicht wieder ein solcher Vortrag, sondern vielleicht ein „gegenseitiger“ gehalten werden wird.

Um sicher zu gehen, daß nicht doch wieder Behauptungen und Sätze aufgestellt werden, die nicht im Einklang mit den Lehren der heiligen Schriften und den von Staatswegen beglaubigten kirchlichen Dogmen stehen, dürfte es wohl angebracht sein, die Teilnehmer an der 76. Jahresversammlung deutscher Naturforscher und Ärzte in Breslau polizeilich genauer zu mißbrennen. Man könnte zum Beispiel verlangen, daß jeder Naturforscher ein Zeugnis über sittliche Führung von dem zuständigen Polizeirevier und ein Attest seines Geistlichen, daß er im vergangenen Jahre die heiligen Sakramente ordnungsgemäß empfangen hat, dem überwachenden Polizeicommissar überreicht. Um einen Redner aber auf alle Fälle vor Entgleisungen à la Ladenburg zu schützen, könnte man wohl auch fordern, daß er den Vortrag vorher schriftlich einer Kommission einreicht, die aus einem Theologen, einem Juristen und einem Polizei-Offizier besteht.

**Das Reichsgericht gegen den „groben Unfug“.** In der „Deutschen Juristen-Zeitung“ lesen wir: Die Straflammer hatte wegen durch die Zeitung verbreiteten groben Unfuges in einem Falle verurteilt, in welchem der preussische Justiz der insolent erfindende Vorwurf der Bestrafung eines Unschuldigen gemacht war. Das Reichsgericht hat freigesprochen und vor nemem darauf hingewiesen, daß das Gefühl der Vernachlässigung im Publikum zur Anwendung des § 360 Nr. 11 Str.-G.-B. nicht anreize, diese Vorkehrung vielmehr eine Verletzung oder Gefährdung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung voraussetze. An dem Reichsgericht liege es nicht, wenn bei Anwendung des § 360 Nr. 11 auf Preßzeugnisse noch jezt Mißgriffe gemacht würden.

**Krupp an der Arbeit.** Aus Essen erzählt die „Voss. Zig.“, daß die Kommission unter Führung des Kriegsministers die letzte Prüfung der Rüstungskanonon vorgenommen und wieder ihre Zufriedenheit bekundet hat. Die Krupp'sche Fabrik trifft Vorbereitungen, um schnellstens Massenänderungen vorzunehmen, woraus geschlossen wird, daß der Auftrag in aller nächster Zeit erfolgt.

Mainz, 3. Dezember. Bei der gestrigen Landtags-Erwahl an Stelle des verstorbenen Genossen Haas wurde Genosse Adeling, Redakteur der „Ranger Volkszeitung“, gewählt. —

**Das Anwachsen der Ueberweisungen von 38 1/2 Millionen im Jahre 1880/81 bis auf 55 1/2 Millionen im Jahre 1904** habe zu zweifachen Hin- und Herbewegungen ungeheurer Summen und zu einer Verdunkelung des Reichshaushalts geführt. „Macht und Durchsichtigkeit eines Haushalts hängen aber“, sagt Herr v. Stengel, „das Fundament einer voranschreitenden und sparsamen Wirtschaft“.

Eine gänzliche Beseitigung der Franzosensteuern käufte sei aber nicht notwendig. Die Branntweinverbrauchsabgabe samt Zuschlag könne nach wie vor weiter überwiesen werden, da ihre Erträge nur geringen Schwankungen ausgeht seien und sich im Durchschnitt auf 100 Millionen Mark jährlich belaufen.

Zur besonderen Begründung des wichtigen § 3 der Vorlage wird ausgeführt:

„Das Reich ist bei seiner Errichtung zunächst durch Ueberlassung der Zölle und gemeinsamen Verbrauchssteuern, dann der Einnahmen aus den Betriebsverwaltungen finanziell ausgestattet worden. Später traten noch einzelne weitere Reichsabgaben hinzu. Die Matrikularbeiträge waren von Anfang an nur als eine subsidiäre Einnahmequelle, als eine Art Notbehelf gedacht, von dem nur äußerstenfalls, wenn zur Deckung der Reichsausgaben die eignen Einnahmen des Reiches nicht mehr zureichten, Gebrauch gemacht werden sollte. Auch bei der späteren Einführung der Franzosensteuern käufte war davon ausgegangen, daß die als beweglicher Faktor im Reichshaushalt fernerhin betriebsfähigsten Matrikularbeiträge sich doch regelmäßig innerhalb der Grenzen der den Einzelstaaten zugewilligten Ueberweisungen bewegen würden. Erst vom Jahre 1869 an wird die Belastung der Einzelstaaten mit ungedeckten Matrikularbeiträgen zu einer jährlich wiederkehrenden. Mit Einschluß der ihnen durch den Statutentwurf von 1904 auferlegten Leistungen beziffert diese Belastung sich im ganzen auf 120 Millionen Mark. Um diesen Betrag mindern sich die Mittel, welche den Einzelstaaten außerdem zur Erfüllung wichtiger innerer Kulturaufgaben, deren Träger sie sind, zur Verfügung ständen. Es erscheint auch im eigenen Interesse des Reiches gelegen, eine solche Belastung der Haushalte der Einzelstaaten nicht zur Regel werden zu lassen.“

Das verfassungsmäßige Recht, die Bundesstaaten mit Matrikularbeiträgen zu belasten, soll dem Reich auch nach der Vorlage grundsätzlich gewahrt bleiben. Aber einer gesunden, zielbewußten Finanzpolitik entspricht es, von diesem verfassungsmäßigen Rechte nur ausnahmsweise und unter möglicher Schonung der Haushalte der Einzelstaaten Gebrauch zu machen. Eine Zusage in dieser Richtung dürfen die Bundesstaaten von dem vorliegenden Gesetzentwurf um so mehr erwarten, als er ihnen mit der vorgeschlagenen Einschränkung der Franzosensteuern Anteil an ihnen gesetzlich zugehörigen Recht und zugleich die Aussicht entzieht, für die in den letzten Jahren geleisteten Zubehören in späteren Mehrheitsentscheidungen wiederum einigen Ertrag zu erlangen.“

Was nun die Behandlung der Ueberschüsse des Vorjahres als ordentliche Deduktionsmittel betrifft, so habe sich diese nicht bewährt. „Die ordentlichen Einnahmequellen des Reiches sind zum weit überwiegenden Teil schwankender Natur, und es erwachsen hieraus einer rationellen Verwaltung des Reichshaushalts ohnehin schon erhebliche Schwierigkeiten. Jene Schwankungen werden aber noch gesteigert, die Schwierigkeiten noch verschärft, wenn auch noch die wechselnden und nur zufälligen Ueberschüsse vergangener Jahre im Etat als ordentliche Deduktionsmittel Verwendung finden. Solche Ueberschüsse können zeitweise, bei günstigen Konjunkturen, eine beträchtliche Höhe erreichen. Sind dann ansicht der Ueberschüsse späterhin Fehlbeträge aus den Vorjahren zu übernehmen, so müssen sich hieraus allein schon für die Balance des Etats die entsetzlichen Zustände ergeben. Tritt nun infolge ungünstiger Konjunkturen noch ein Mißglang des Ertrages der ordentlichen Einnahmequellen hinzu, so gestaltet sich die Lage des Reichshaushalts noch um so bedenklicher. Mit dem Grundtag, auf rein zufällige vorübergehende Einnahmen ordentliche Ausgaben zu basieren, kann aber kein Haushalt auf die Dauer bestehen. Es erscheint daher dringend geboten, den Artikel 70 der Verfassung in diesen Punkte zu ändern und nach dem Vorbilde anderer Verfassungen etwaige Ueberschüsse aus den Vorjahren künftig als Deduktionsmittel dem außerordentlichen Etat zuzuführen, wo sie, soweit im Staatsgesetze nichts anders bestimmt wird, zur Verminderung des Anleihebedarfs oder zur Schuldentilgung Verwendung zu finden hätten.“

Eine ausführliche Kritik des Entwurfes behalten wir uns vor. Für heute sei nur soviel gesagt, daß durch ihn wenig gewonnen wird, wenig für die „Macht und Durchsichtigkeit des Etats“, ohne die eine gesunde Wirtschaft nicht bestehen kann, und schon gar nichts zur wirklichen Beseitigung vorhandener Schwierigkeiten.

Die Verwendung von „Ueberschüssen“ zur Verminderung des Anleihebedarfs oder zur Schuldentilgung wird bis auf weiteres nur ein platonisches Verlangen bleiben müssen, da wir in einer Zeit des Defizits leben. Vorläufig handelt es sich nicht um die Uebernahme von Ueberschüssen, sondern von Fehlbeträgen auf den außerordentlichen Etat, und die Vornahme dieses Grundtages auf den Etat von 1904 ist für dessen „Macht und Durchsichtigkeit“ keineswegs förderlich gewesen.

Den Einzelstaaten wird nicht viel genommen, wenn man ihnen die Hoffnung entzieht, aus den Erträgen der Zölle, Tabaksteuern und Stempelabgaben ein Plus der Ueberweisungen über ihre Matrikularbeiträge zu erzielen. Es wird ihnen aber dem blanken Verlaute nach auch nicht viel gegeben, wenn versichert wird, daß die Matrikularbeiträge „in der Regel“ den fünfjährigen Durchschnitt der Ueberweisungen nicht übersteigen sollen. Diese „Regel“ ist gar nicht neu aufgestellt worden, sondern sie hat schon längst bestanden. Gegenwärtig befindet sich aber das Reich in einem höchst kritischen Zustande, den der Reichschatzmeister doch schwerlich für etwas anderes, denn für eine Ausnahme wird gelten lassen wollen. Wenn das Reich seine Ausgaben aus seinen eignen Einnahmen „ausnahmsweise“ nicht decken kann, so haben nach der Verfassung, die allerdings längst nicht mehr gehalten wird, die Einzelstaaten einzuspringen. Auch daran wird nichts geändert, und die Zusicherung, die die Bürgerpflicht der Einzelstaaten verfassungswidrig aushebt oder einschränkt, bleibt so verfassungswidrig, wie sie war.

Abgesehen von realerischen Erleichterungen bietet der neue Gesetzentwurf den Einzelstaaten nichts als ein Versprechen, und dieses Versprechen wird ihren Finanzministern freilich ebenso angenehm in den Ohren klingen, wie es dem Volke verhängnisvoll klingt. Soll nämlich „in der Regel“ das Reich nicht Kostgänger der Einzelstaaten sein, dann muß es sich die fehlende Jutterration wo anders holen. Und da nach den glaubhaften Versicherungen des sachlichen Finanzministers Dr. Müller an eine Belastung der besitzenden Klassen durch das Reich nicht gedacht wird, bedeutet die gegenwärtige Vorlage nur die Einleitung zu einer neuen Belastung des Volkes durch indirekte Steuern.

Von P r e s s i m e n liegt vorläufig nur eine kurze Bemerkung der „Freisinnigen Zeitung“ vor, wonach der Entwurf namentlich in Centrumskreisen nicht geringes Aufsehen hervorgerufen habe. Weiter wird die verfassungswidrige Seite des Entwurfes beleuchtet und darüber mit Recht gesagt:

Wenn sich ein Reichstag bilden sollte, der diesen Entwurf annimmt, so bleibt von dem Einnahmewilligkeitsrecht des Reichstages so gut wie nichts übrig. Auch die Gegner des neuen Schatzsekretärs hatten von dessen Kunst der Weisung mehr erwartet, als einen solchen Entwurf, der der Mehrheit des Reichstages geradezu ins Gesicht schlägt.

Das Verlangen nach den „konstitutionellen Garantien“, die in früheren Zeiten in den Debatten des Reichstages eine so große Rolle spielten, dürfte in der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages freilich nicht mehr so heiß sein wie einstmal Mal.

**Ausland.**

**Der russisch-japanische Konflikt.**

Der New Yorker „Associated Press“ wird aus Paris gemeldet, Japan und Russland hätten sich jetzt über die Grundlagen eines Vertrages zur Regelung der ostasiatischen Frage geeinigt. Diese Wendung sei durch freundschaftliche Vorstellungen Frankreichs und Englands unterstützt worden. Die Grundlage des Vertrages sei folgende: Russland werde zwei zwischen Japan und Korea getroffene Vereinbarungen aus den Jahren 1896 und 1898 anerkennen, durch welche sich Japan in Korea verschiedene Rechte sicherte, darunter die Unterhaltung einer Garnison in Seoul, während Japan den zwischen Russland und China bezüglich der Mandschurei abgeschlossenen Vertrag anerkenne. Man nehme auch an, obgleich dies nicht bestimmt erklärt werde, daß die „offene Thüre“ und der unversehrte Bestand Chinas und Koreas unterstügt werden. Die Meldung fügt hinzu, als Graf Lambdorsff Paris besucht habe, hätte Delcassé Gelegenheit genommen, darauf hinzuweisen, daß das Interesse Frankreichs auf eine friedliche Lösung der Schwierigkeiten in Ostasien gerichtet sei, wemgleich er dem russischen Minister versicherte, daß, welches Ergebnis sich dort auch herausstellen werde, im allgemeinen in der Haltung Frankreichs gegenüber Russland keine Veränderung eintreten werde. Graf Lambdorsff habe erwidert, daß die Politik der russischen Regierung auf eine friedliche Lösung gerichtet sei. Die Meldung berichtet ferner, daß England unterdessen in Tokio Vorstellungen erhoben habe.

Demgegenüber befand ein Telegramm aus Tokio: In einer Versammlung der fortschrittlichen Mitglieder des Landtages wurde heute eine Resolution angenommen, worin mit scharfen Worten die zögernde Auslands-politik des Kabinetts getadelt und der Meinung Ausdruck gegeben wird, daß zur Bewahrung des Friedens in Ostasien die Räumung der Mandschurei durch die Russen und die Eröffnung der Hauptstädte dieser Provinz erforderlich sei. Im japanischen Volk wachse das Verlangen, daß Russland ein Ultimatum gestellt werde. Die japanische Regierung beharrt aber ihre ruhige Stellung und die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens.

Ferner meldet das „Bureau Laffan“: Oberst Tachibana, der militärische Berater des Sicekönigs Juanshikai ist, wie die „Daily Mail“ aus Kobe meldet, dort mit vertraulichen Mitteilungen für die japanischen Behörden eingetroffen. Aus dieser Meldung schließt die „Daily Mail“, China wolle bei etwaigen Ereignissen in Ostasien sein Schicksal an das Japan knüpfen. An verantwortlicher amtlicher Stelle in Petersburg hat der dortige „Daily Telegraph“ Korrespondent, wie er berichtet, die Meinung vertreten gefunden, die Ansichten in Ostasien seien weit weniger hoffnungsvoll als noch vor einiger Zeit.

Die Meldung, Japan und Russland hätten sich jetzt über die Grundlagen eines Vertrages zur Regelung der ostasiatischen Frage geeinigt, wird von den Londoner Blättern skeptisch aufgenommen. Alle hier eintreffenden Nachrichten weisen auf eine kritische Lage der Dinge in Ostasien hin.

**Frankreich.**

**Die diebstahligen Schweinern der Marine-Hospitäler vor der Kammer.**  
Der Marineminister Pelletan war bekanntlich gezwungen worden, eine Anzahl Schweinern, die im Marine-Hospital zu Toulon als Krankenpflegerinnen tätig waren, zu entlassen, weil dieselben große Unterschleife begangen hatten. Der ganze Chor der Akterialen und sonstigen Reaktionsäre fielen über den energischen Marineminister her, und infolge einer Intervention des Deputierten Ledroix war der Marineminister gezwungen, der Kammer die Gründe seiner Maßnahmen darzulegen. Pelletan erklärte: Die Anordnungen seines Vorgängers bezüglich der Ueberwachung und Kontrolle des dem Staate gehörigen Materials seien niemals richtig befolgt worden. Bei einer Inventuraufnahme des gesamten im Marine-Hospital zu Toulon vorhandenen Materials habe man bei den Schweinern, in ihren Schränken und Koffern verpackt, allerhand Utensilien, Wertgegenstände usw., vorgefunden. Unter anderem waren 200 Stück Seife, 300 Kilogramm Siamel eingeschlossen; selbst den Verzieren gehörige chirurgische Instrumente seien von den Schweinern weggenommen und eingeschlossen worden. Sogar Babelnadeln und andre Hausgeräte sind zertrümmert worden, um das Metall zu erhalten. Gefunden wurden ferner ganze Rollen Leinwand, die die Schweinern angeblich aus ihrem Stamme in San Nemo zu viel erhalten haben wollten und die angeblich wieder zurückgeschickt würden. So habe sich nun herausgestellt, daß alle diese Gegenstände, wo immer sie zuerst auch hingekommen wären, schließlich alle ihren Weg nach dem Mutterhaus des Ordens zu San Nemo gefunden haben. Aber nicht allein, daß der Staat durch die Schweinern um vieles Material gebracht worden sei, auch die armen Kranken seien durch sie geschädigt worden. So haben die Schweinern die Milch abgerahmt, um sich Butter zu machen, das rohe Fleisch, das für die Tuberkulösen bestimmt war, geküht und vielfach auch verderben lassen. Man habe ihm nun gesagt, er möge die schuldigen Schweinern entlassen und durch andre ersetzen. Dieser Weg sei wohl gangbar, wenn es sich um andre Staatsangehörige handle, die Schweinern jedoch gehorchten in erster Linie einem vom Staate unabhängigen Willen, einer außerhalb des Staates stehenden Macht, und die Schweinern, welche die Entlassenen ersetzt haben würden, hätten dann denselben Nachschuß. Deshalb sei nichts anderes übrig geblieben, als die vollständige Beibehaltung der Ordensschweinern. Trotz heftiger Angriffe der Akterialen gelangte die einfache Tagesordnung zur Annahme.

**Italien.**

**Deputiertenkammer.** De Cesare feiert das Gedächtnis Mommsens. Er erwidert den Präsidenten, der Akademie der Wissenschaften in Berlin das Beileid Italiens und der italienischen Kammer zu dem Todefall, von dem sie betroffen wurde, auszubringen. (Lebhafte Beifall.) Der Unterrichtsminister Orlando führt aus, er sei stolz darauf, im Namen der Regierung sich den edlen Worten de Cesares zum Andenken Mommsens anschließen zu können, dessen grandiosen Verles sich Rom und Italien stets erinnern werden. (Anhaltender Beifall.) Präsident Biancheri hebt hervor, daß die Gedanken Mommsens während seines ganzen Lebens auf die Größe Roms gerichtet gewesen seien, und fordert die Kammer auf, sich den edlen Worten, die zur Ehre Mommsens ausgesprochen seien, anzuschließen. (Erneuter Beifall.)

Bei der weiteren Debatte über die Regierungserklärung vom 1. Dezember stellen mehrere Redner Anträge auf Uebergang zur Tagesordnung unter verschiedener Begründung. Giolitti erklärt, er billige folgende, von Cas-Finna beantragte Tagesordnung: Nach Entgegennahme der Erklärung der Regierung bekräftigt die Kammer der Regierung den Ausdruck ihres Vertrauens und geht zur Tagesordnung über. Dieser Tagesordnungsantrag wird in namentlicher Abstimmung mit 281 gegen 111 Stimmen angenommen.

**Türkei.**

**Reform oder Ultimatum.** Die „Agence Havas“ meldet: Der österreichisch-ungarische und der russische Botschafter haben den Empfang der türkischen Antwortnote auf das Reformprogramm noch nicht bekräftigt. Hier wird berichtet, die beiden Ententemächte hätten die vorbehaltlose Annahme ihres Reformprogramms verlangt, andernfalls würden sie ein Ultimatum an den Sultan richten.

**Parlamentarisches.**

**Ein nationalliberaler Antrag.** Dr. Baumer hat mit Unterstützung der nationalliberalen Fraktion folgenden Initiativantrag im Reichstag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, den Mannschaften des stehenden Heeres im Falle der Urlauberteilung alljährlich für eine Reise in die Heimat und für eine entsprechende Rückreise in die Garnison freie Fahrt auf den deutschen Eisenbahnen zu ermöglichen.“

**Gegen die Aufnahme des Abgeordneten Kulerski in die polnische Fraktion des Reichstags** hat das polnische Centralkomitee für Westpreußen einen Protest an die Fraktion nach Berlin gesandt.

Kulerski wurde bei der Nachwahl im Königer Kreise von der national-polnischen Wählerschaft als Kandidat aufgestellt. Das offizielle Centralkomitee, welches die Kandidaten endgültig nominirt, hat im Widerspruch zu zahlreichen national-polnischen Versammlungen die Deklärung der Kandidatur Kulerskis unter dem Einfluß der Geistlichkeit abgelehnt und den Kandidaten Sikorski aufgestellt. Kulerski wurde dann entgegen dem Beschlusse des Komitees trotz intensiver Agitation der polnischen Geistlichkeit gegen ihn gewählt, während der offizielle polnische Kandidat noch nicht 3000 Stimmen auf sich vereinigte. Darob die Empörung des Komitees und sein Antrag an die Fraktion. Kulerski hat sich in Westpreußen durch persönliche Agitation und durch sein Blatt „Gazeta Grudzyszka“ (Brandenburger Zeitung) einen weiten Anhang geschaffen. Sollte die polnische Fraktion den Wünschen des Komitees nachgeben, so dürfte es in den polnischen Kreisen Westpreußens zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen kommen.

**Kommunales.**

**Stadtverordneten-Versammlung.**

28. Sitzung vom Donnerstag, 3. Dezember 1903, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr. In den Ausschuss zur Vorberatung der Vorlage wegen Errichtung einer städtischen Pflegerinnenschule usw. sind u. a. auch die Stadtverordneten Dr. Verstein, Bruns, Dr. Wehl (Zoc.) gewählt worden.

In die Schuldeputation wählt die Versammlung als Bürgerdeputierten den Rektor Hekermann mit 70 Stimmen gegen den Rektor Köbner, auf welchen 20 Stimmen entfielen. Bezüglich der

**Petition der Vereinigung technischer Lehrerinnen** um anderweite Berechnung der anzurechnenden Dienstjahre empfiehlt der Petitionsausschuss Ueberweisung an den Magistrat mit der Mahngabe, dieselbe insoweit zu berücksichtigen, daß in geeigneten Einzelfällen der Versammlung Vorlagen betr. Erhöhung der an sich zu billigen Pension zugehen.

Stadtver. Singer (Zoc.): Der Antrag des Ausschusses bewegt sich meiner Meinung nach in recht allgemeiner Ausdehnung des Wohlwollens für die technischen Lehrerinnen. Die letzteren sind vermöge der früheren Einrichtung des Unterrichts in so großer Anzahl bei der Stadt beschäftigt gewesen, daß auf die einzelnen nur eine ganz geringe Zahl von Stunden kam. Die Damen sind inzwischen in feste Anstellungen- und Gehaltsverhältnisse gelangt. Ihr Petition geht nun nicht auf Gehaltsverhöhung; aber für die Pensionberechnung entfällt ihnen allerdings ein sehr großer Schaden, wenn bloß diejenigen Dienstjahre zur Anrechnung kommen sollen, in welchen sie 14 Stunden wöchentlich erteilt haben. Sie unterbreiten uns nun das durchaus billige Verlangen, daß auch die sämtlichen Stunden in den Jahren, wo die Wochenstundenzahl hinter 14 zurückließ, durch 14 dividirt, bei der Feststellung der Dienstjahre in Anrechnung kommen. Ich bitte den Magistrat, sich an die Worte „in geeigneten Fällen“ nicht allzu ängstlich anzuschließen, zumal die Versammlung auf die Entscheidung der Frage, was ein geeigneter Fall ist, keinen Einfluß hat.

Der Ausschuh Antrag gelangt darauf zur Annahme. Mit der

**Berlegung des Platzes F I,**

Art. XII des Bebauungsplanes, an der Greifswalderstraße hat sich der niedergelegte Ausschuss in drei Sitzungen beschäftigt und schließlich die Magistratsvorlage gutgeheißen. Die Durchführung der Kanalisation im Gebiete des Radialsystems XI ist bisher daran gescheitert, daß diese Platzfrage, bei der die Interessen der Kaufmannschaft und Börowischen Erben konfliktieren, nicht gelöst war. In den letzten Jahren sind seitens der Kaufmannschaft Erben neue Offerten, welche die unentgeltliche Abtretung eines Platzes einschließen, an den Ausschuss gelangt.

Stadtver. Kämpf (A. L.) hält die Sachlage für durchaus noch nicht geklärt. Die Durchführung der Kanalisation komme wesentlich Börow zu gute, während die Kaufmannschaft Erben 50 Proz. ihres Bauteilrums hergeben sollen, um den Forderungen der Stadt zu genügen. Man solle die Sache mit der letzterwähnten Offerte an den Ausschuss zurücküberweisen. Die Herren Börow würden doch wohl zu der Erkenntnis zu bringen sein, daß sie aus Rücksicht auf den eignen Vorteil nicht steifköpfig an ihrem Kopf bestehen sollten.

Stadtver. Deutsch (A. L.) plädiert für Ablehnung der Vorlage; möge der Magistrat eine andre Lösung finden. Für die neue Diagonalstraße könne man sich in seiner Fraktion auch nicht erwärmen.

Stadtver. Krause: Die Diagonalstraße ist längst genehmigt; es handelt sich jetzt bloß um die Durchführung des Radialsystems XI. Einigen wir uns mit Börow nicht, so wird die Sache wieder auf die lange Bank geschoben. Eine Ueberbelastung der Kaufmannschaft Erben kann der Stadtbaurat nicht zugeben.

Stadtver. Hoffmann (Fr. Fr.) bittet aus denselben Gründen um Annahme des Kaufmannstrages. Es handle sich um ein Terrain, von 140 000—150 000 Menschen wohnen können, da sei ein Erholungsplatz von 44 000 Quadratmetern keineswegs zu groß, da sei eine Parcellanlage notwendig. Bei einer solchen Ausdehnung komme auch das Bedenken gegen die dreieckige Gestalt des Platzes nicht mehr in Betracht.

Stadtver. Hoffmann (Zoc.): Was soll denn der Ausschuss noch beraten? Das letzte Projekt der Kaufmannschaft Erben ist ja von ihm auch schon beraten und abgelehnt worden. Zwingen uns die Kaufmannschaft Erben, auf das alte Projekt des dreieckigen Platzes an der Greifswalderstraße zurückzugehen, so stehen sie sehr viel ungünstiger da. Der Antrag Deutsch ist ja sehr bequeme, aber er werde die Bebauung der Gegend abermals um Jahre hinauschieben. Wir sind daher auch aus den Gründen des Korredners für die Annahme der Vorlage.

Stadtver. Kämpf: Man soll nicht, weil man mit dem einen Kontrahenten nicht fertig werden kann, dem andern alle Lasten in einer Weise auferlegen, die gegen Recht und Billigkeit verstößt.

Stadtver. Hoffmann (Fr. Fr.) erklärt, daß der größte Teil seiner Freunde mit ihm, entgegen der Auffassung des Stadtbaurats Hoffmann, dem Antrag Kämpf zustimmen wird. Erneute Ausschussberatung sei nach dem Eingang der letzten Kaufmannschaft Offerte unumgänglich.

Stadtver. Deutsch verteidigt nochmals seinen Vorschlag, der nicht nur bequem, sondern auch praktisch sei.

Stadtver. Hoffmann: Wenn uns der Magistrat erst eine neue Vorlage machen soll, vergeht wieder Jahr und Tag und die Sache kommt nicht vom Fleck. Die Kaufmannschaft Erben kommen bei der Magistratsvorlage sehr gut weg, denn sie gewinnen die Möglichkeit, an der Greifswalderstraße zu bauen.

Stadtver. Prof. Cremer und Haberland (A. L.) treten ebenfalls lebhaft für normale Ausschussberatung ein.

Stadtver. Hoffmann hält für ausgeschlossen, daß die Börowischen Erben durch nochmalige Verhandlungen zu einer Sinnesänderung gebracht werden können.

Derselben Ansicht giebt der Referent, Stadtver. Kämpf, Ausdruck, der auch den Antrag Deutsch abzulehnen bittet.

Stadtver. Deutsch zieht seinen Antrag zurück; dem Antrag Kämpf gemäß geht die Vorlage nochmals an den Ausschuss.

**Die Vorlage wegen Vergebung der**

**Gestellung der städtischen Altenwagen**

auf drei Jahre an den Fuhrwerksbesitzer Niehoff ist von dem eingeleiteten Ausschusse zur unveränderten Annahme empfohlen; die Bemerkungen der sozialdemokratischen Ausschussmitglieder, den Fuhrern einen Minimallohn von 24 M. und bessere Arbeitsbedingungen zu sichern, sind erfolglos geblieben.

Stadtver. Jabel (Zoc.): Wir können unterseits nicht zugeben, daß der Magistrat mit den Unternehmern Verträge abschließt auf Grund unzulänglicher Löhne. Der Magistrat hat die Pflicht, auf die Löhne der Arbeiter bei solchen Gelegenheiten Rücksicht zu nehmen. Hier wäre auch für Sie die Gelegenheit, zu zeigen, daß Sie ein warmes Herz für die Arbeiter haben; aber wie nicht anders zu erwarten, ist es gekommen. Selbst die Mehrereinstellung von mehr als zwei neuen Altenwagen hätte eine Verminderung der Arbeitszeit der Fuhrer nicht herbeigeführt, so sehr hat sich die Arbeit vermehrt. Es ist auch unvordenklich geblieben, daß die Arbeitszeit 16—17 Stunden täglich beträgt. Wir können daher für diesen Vertrag nicht stimmen. Die Zeit liegt nicht mehr fern, wo Sie gezwungen sein werden, auf die Arbeitsverhältnisse Rücksicht zu nehmen. Bemerkung muß ich noch, daß mir eine Einlassung zu der Ausschussung nicht zugegangen war.

Die Vorlage wird darauf, nachdem der Referent Stadtver. Wallach auch für sich und die übrigen Ausschussmitglieder dasselbe warme Herz für die Arbeiter reklamiert hat, wie es die Parteifreunde des letzten Redners zu haben behaupten, unverändert angenommen.

Die Arbeiten des Ausschusses, welcher unter dem Vorsitz des Stadtver. Stadthagen die

**Reglements für die Fürsorge-Erziehung**

abermals zu beraten hatte, weil den Ministern die religiös-sittliche Aufgabe dieser Erziehung in den bisherigen städtischen Entwürfen nicht hinlänglich und durchgreifend genug zum Ausdruck gebracht seien, liegen jetzt vor. Referent ist der Vorsitzende Stadtver. Stadthagen.

Nach § 1 des Reglements erfolgt die Bearbeitung sämtlicher den Gemeindevorstand und dem Stadtkreis Berlin durch das Fürsorge-Erziehungsgesetz überwiegenen Angelegenheiten durch die Amtsdirektion, Abteilung für die Waisenverwaltung. Ein Antrag, der für eine anderweitige Regelung durch Verlaß der Gemeindebehörden Raum schaffen wollte, ist vom Ausschusse abgelehnt worden, der andererseits überwiegend den Vorschlägen des Magistrats zugestimmt hat. So ist in dem neuen § 6 bestimmt worden, daß die Anstalt, welcher der Jüngling überwiesen werden soll, seinem religiösen Bekenntnis entsprechen müsse. Nach dem neuen § 7 muß dem Jüngling ein den Vorschriften für die Volksschule gemäßer Unterricht gewährt werden; die Forderung, daß auf jeden Fall wenigstens sechsstündige Volksschulen gewährt würden, ist nicht zur Ausführung gelangt. In dem § 10 ist dem ministeriellen Verlangen entsprechend festgesetzt worden, daß im Falle der Familienverziehung der mit dem Familienoberhaupt abzuschießende Betrag dieses verpflichtet mit, den Jüngling in religiös-sittlichen Sinne zu erziehen; ein Antrag, die Worte „vor allem gegen Heuchelei und Scheinheiligkeit“ zuzusetzen, wurde abgelehnt. Gegen ist ein Antrag, die Verwendung schulpflichtiger Jünglinge in der Hausindustrie unbedingt auszuschließen, wiederum wie schon bei der ursprünglichen Beratung, entgegen dem neuerlichen Magistratsvorschlag, angenommen worden.

In § 15, welcher von der Aufsicht über die Familienverziehung handelt, war beantragt worden, die Anstalten und Familien ein- bis zweimal im Jahre zum Zwecke der Prüfung des Gesundheitszustandes der Jünglinge und des sanitären Inlandes der Unterbringungsräume ärztlich untersuchen zu lassen. Der Ausschuss hat den Antrag abgelehnt.

Stadtver. Koblenger (Zoc.) nimmt den Antrag wieder auf. Die Kontrolle der Gesundheit und der Unterbringung der Pflinglinge könne gar nicht oft genug ausgeführt werden, insbesondere sei die Mitwirkung der Ärzte notwendig. Eine solche Einrichtung durchzuführen, würde nur ganz geringe Mühe machen. Andre Kommunen, wie Kassel, seien darin mit gutem Beispiel vorgegangen. Für das modifizierte Reglement im ganzen könne seine Fraktion nicht stimmen, da ihr einerseits dessen Bestimmungen lange nicht weit genug gingen, andererseits aber sie die Forderung der religiös-sittlichen Erziehung nicht konzedieren könne, da sie sich auch sehr gut ein sittliches Leben ohne Religion zu denken vermöge.

Der Antrag Koblenger wird abgelehnt, § 15 nach den Ausschussvorschlägen unverändert angenommen, desgleichen der Rest des Reglements, das Reglement im ganzen und die Reglements für die einzelnen Erziehungsanstalten.

Vom Stadtver. Kaff (A. L.) liegt seit dem 10. November der Antrag vor:

Die Versammlung ersucht den Magistrat um Mitteilung der Gründe, weshalb der Schulunterricht am Tage der Urwahlen ausgefallen ist.

Der Antragsteller führt für seinen Antrag nochmals die Gründe an, welche er schon vor 14 Tagen angab, wonach die Wahl an sich den Anfall des Unterrichts nicht rechtfertigen könnte.

Stadtschulrat Herxberg verteidigt darauf, daß der Anfall des Unterrichts an Urwahltag seit langem üblich sei. Ein Ministerialerlass von 1877 ordne diesen Anfall ausdrücklich an, damit nicht den Lehrern das Wahlrecht verweigert werde. Diese Rücksicht konnte allerdings nicht mehr ausschlaggebend sein, wenn die Wahl nicht mehr um 9 Uhr früh, sondern erst um 3 Uhr nachmittags begann. Da aber Schulklassen in sehr großem Umfang gebraucht wurden — von 284 Gemeindefschulen 241, von 13 Reichsschulen 12, von 26 höheren Lehranstalten 25 — und die Gemeindefschulen vielfach erst um 1 Uhr den Unterricht schließen, habe die Schuldeputation einstimmig für den Anfall des Unterrichts votiert. Am 28. Oktober sei dann noch obendrein eine Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums ergangen, wonach am Urwahltag der Unterricht auszufallen habe.

Stadtver. Hinte (Zoc.): Die Antragsteller sind wohl schlecht orientiert gewesen, sonst hätten sie sich den Antrag sparen können, wenn nicht etwa die Absicht vorlag, unsern Parodiersen-Antrag nachzugeben. (Heiterkeit und Zustimmung.) Mindestens einige hundert Lehrer und Kellern sind ja am 12. November auch Wahlvorbereiter und Stellvertreter gewesen. Sie wären ja um die ganze Sache herumgekommen, wenn Sie damals unsern Antrag angenommen hätten, den Beginn der Wahl auf 3 Uhr nachmittags festzusetzen. Dazu konnten Sie sich damals nicht aufschwören, heute sehen Sie die Notwendigkeit ein (Lachen). Im dritten Landtags-Wahlkreis waren es 60 Lehrer und 31 Kellern; mindestens die doppelte Anzahl waren als Wahlmänner ihrerseits aufgestellt, und Sie können doch schon als Dankbarkeit dafür, daß sich die Lehrer von Ihnen haben aufstellen lassen, ihnen die Zeit nicht rauben, die sie zur Agitation brauchen. 205 Lehrer und 71 Kellern sind in Berlin zu Wahlmännern gewählt worden; die haben ihre Stimme nicht etwa für uns, sondern für die liberale Partei abgegeben. Es sitzen einige Herren in unserer Räte, welche einzig und allein den Stimmern der Lehrerhaft ihr Mandat verdanken. Mit dem Magistrat ein Wortwort zu machen, so wäre es der, daß nicht überall mit gleichen Maße gemessen worden ist. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Zurufe: Gasarbeiter!) Wir stimmen gegen den Antrag.

Stadtver. Wallach: Wenn wir uns Sie zum Raster nehmen, so müssen Sie uns doch dankbar sein und in diesem Falle auch dafür noch, daß wir Ihnen dadurch Gelegenheit geben, wieder einmal zum Fenster hinauszufragen, wie häufig Sie für die Arbeiter eintreten (Lachen bei der Zoc.). Der Hauptgrund für den Anfall des Unterrichts war wohl die Rücksicht auf das Wahlrecht der Lehrer; alles sonst vom Stadtschulrat Angeführte war nicht durchschlagend. Wenn wir uns entsinnen, so ist das doch ganz natürlich; alle Augenblicke werden die Schulen geschlossen, so kann das nicht weiter gehen. Die Kinder gehen doch nicht bloß in die Schule, um Ferien zu haben. Ich bitte den Magistrat, in Zukunft die Schulen nicht mehr so mir nichts dir nichts zu schließen.

Stadtschulrat Wertheim: Nie nichts die nichts schließt der Magistrat die Schulen nicht; auch ist in dem Sinne der Antragsteller nicht die geringste Anregung an mich herangekommen.

Stadtv. Kaffel: Herr Hünke meint, wir hätten uns den Antrag ersparen können. Ich wünsche, und bliebe die große Menge der Anträge von jener Seite erspart. Herr Hünke hat wohl bloß seinem Vorgesetzten über den Ausfall der Wahlen Luft machen wollen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ja, den Eindruck mußte man von seinen Ausführungen haben. Durch die Ausreden des Stadtschulrats (Große Heiterkeit) bin ich von der Notwendigkeit des Schulausfalls nicht überzeugt worden.

Stadtv. Kaffel: Den Paradeserien-Antrag nachzugehen, hatten wir gar keine Veranlassung. Damals haben wir zuerst den Schulausfall in der Schuldeputation gerügt, und der Magistrat ist ja später auch zu unserer Freude dem Antrage der Versammlung beigetreten.

Stadtv. Dr. Friedemann (N. L.): Wir stehen durchaus auf dem Standpunkt des Magistrats und sind durch die Reden der Herren Wallach und Kaffel nicht vom Gegenteil überzeugt worden.

Damit ist der Antrag erledigt.  
Durch die Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz ist auch eine Erhöhung der Beiträge zur Gemeindekranken-Versicherung notwendig geworden. Ein Antrag des Stadtschulrats (N. L.) auf Ausschussberatung wird abgelehnt und die bezügliche Vorlage angenommen.

Die in Verfolg der Beschlüsse der gemischten Deputation zur Beratung der Finanzlage Berlin vom Magistrat eingebrachte Vorlage behufs Verdoppelung der Umsatzsteuer beantragt Stadtv. Wallach (N. L.) hauptsächlich aus juristischen Bedenken einem Ausschusse zu überweisen. Diesem Ausschusse schließt sich die Stadtv. Wallach und Dr. Preuß (N. L.) an.

Stadtv. Kaffel (N. L.) hebt hervor, daß in seiner Fraktion die Meinungen über die Opportunität der Verdoppelung geteilt sind, ist übrigens auch für Ausschussberatung, desgleichen

Stadtv. Singer (Soz.), der aber feststellt, daß damit nicht ausgesprochen sein solle, daß seine Fraktion etwa der Vorlage zustimme. Die Vorlage wird einem Ausschusse von 15 Mitgliedern überwiesen.

Schluß 1/2 Uhr.

## Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

**Tarifverhandlungen im Schuhmacher-Gewerbe.** In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung der Schuhmacher, die am Mittwoch im Neuen Klubhause vor dem Kommandantenstrasse tagte, berichtigte Herrmann über das Ergebnis der Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern. Nach dem einwöchigen Streik in diesem Frühjahr kam bekanntlich ein Vergleich zu Stande, wonach im Oktober gemeinsame Tarifverhandlungen stattfinden, und die hierbei vereinbarten Preise am 1. Januar 1904 in Kraft treten sollten. Die Kommissionen, die zu diesem Zweck von beiden Parteien gewählt wurden, haben bis jetzt zwei gemeinsame Sitzungen abgehalten. Zu einer Einigung ist es jedoch noch nicht gekommen. Die Arbeitgeber schienen wohl geneigt zu sein, auf eine Tarifgemeinschaft von langer Dauer einzugehen, wollten aber keine nennenswerten Erhöhungen der Accordlöhne zugestehen. Die Vertreter der Arbeiter wurden genötigt, bei den einzelnen Grundpositionen nochmals ihre Forderungen zu formulieren und verlangten unter Voraussetzung einer nur dreijährigen Tarifgemeinschaft eine Erhöhung des Preises für Herrenböden um 75 Pf., für Damenböden um 1.25 M. Die Arbeitgeber erklärten schließlich, daß sie zunächst mit ihren Mandatgebern Rücksprache nehmen müßten und dann schriftlich Antwort erteilen würden. Diese Antwort, die jetzt eingetroffen ist, geht dahin, daß die Meister auf Herrenböden 25 Pf., auf hohe Stiefel und Damenböden 50 Pf. zulegen wollen und dazu verlangen, daß der Tarif auf 5 Jahre festgelegt werde. — Sowohl der Referent wie sämtliche Diskussionsredner sprachen sich entschieden gegen die Annahme dieses Angebots aus. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute am 2. Dezember tagende Versammlung der in den besseren Verhältnissen tätigen Arbeiter nimmt Kenntnis davon, daß die Arbeitgeber gewillt sind, eine Lohnerhöhung von 25 Pf. auf Herrenböden, 50 Pf. auf hohe Stiefel und 50 Pf. auf Damenböden einzutreten zu lassen, wenn die Arbeiter sich bei diesen Sätzen zu einer fünfjährigen Tarifgemeinschaft bereit erklären. Die Versammlung weist diese Zumutung ganz entschieden zurück und erklärt, daß der gegenwärtige Zustand unbedingt einer derartigen Tarifregelung vorzuziehen ist. Die Versammlung sieht an dem Verhalten der Arbeitgeber, daß sie nicht gewillt sind, in friedlichen Verhandlungen mit den Arbeitern durch Anerkennung ihrer gerechten Forderungen entgegenzukommen. In der Erkenntnis, daß zur vollen Durchführung der gerechten Forderungen der Arbeiter nur eine starke Organisation im Stande ist, verpflichten sich die Anwesenden, unabhängig davon zu wirken, daß die Organisation nach innen und außen gestützt und jeder noch fernstehende Kollege ihr zugeführt wird. Die Versammlung spricht der Tarifkommission ihre Anerkennung und ihr volles Vertrauen aus.“

Ein Antwortschreiben an die Arbeitgeber-Organisation, worin die Ablehnung ihres Angebots mitgeteilt und begründet wird, wurde ebenfalls von der Versammlung gutgeheißen.

Einem Vertragsbruch schlimmster Art hat die Adressenfirma Robert Lehmer, Charlottenstr. 84, ihren Angestellten gegenüber begangen. Bekanntlich hat diese Firma nach einem etwa dreiwöchentlichen Streik der Adressenschreiber in langwierigen Verhandlungen ein Abkommen getroffen, nach dem die Angestellten nach dem Wache einlaufender Arbeit wieder eingestellt werden sollen. Ferner wurden bei der Lohnregulierung Erhöhungen der Accordlöhne in der Art vorgenommen, daß die bisherigen Sätze am 1. November um durchschnittlich 5 Pf., am 1. Dezember um weitere 5 Pf. gesteigert werden sollten. Die Firma Lehmer hat diese Vereinbarungen in schändester Weise gebrochen. Es erfolgten dauernd Entlassungen der am Streik beteiligten, die WiederEinstellungen wurden gleichfalls nicht in der vereinbarten Weise durchgeführt. In den letzten Tagen wurde in dem „Vornehmsten aller Betriebe“, wie Herr Lehmer sein Geschäft zu nennen beliebt, diesen Vertragsbrüchen die Krone aufgesetzt. Nicht nur, daß die am 1. Dezember fällige Lohnaufbesserung nicht gezahlt wurde, ließ man eine Lohnregulierung eintreten, nach der zum Teil in Wirklichkeit eine Herabsetzung der Löhne unter die vor dem Streik gezahlten erfolgt. Als eine Entschädigung dafür soll angeblich eine „Kürzung“ bestimmter Adressen stattfinden. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen wird sich mit der hier offenbarten Unternehmermoral noch eingehender zu beschäftigen haben.

**Metallarbeiterinnen!** Nach eingehenden Verhandlungen des Arbeiterausschusses mit dem Leiter des Glühlampen-Werkes der Firma Siemens u. Halske, Herrn Professor Vudde, sind die Differenzen mit den Arbeiterinnen zur beiderseitigen Zufriedenheit beigelegt. Die Arbeit ist gestern schon wieder aufgenommen. Näherer Bericht über diesen Streik wird am Sonntagvormittag 10 Uhr in der Versammlung im Lokale Kronen-Druckerei, Alt-Moabit 47/48, gegeben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

**Lohnbewegung der Bildhauer-Arbeiter.** In den Weihensteiner Bildhauer-Fabriken unterbreiteten am Montag sämtliche dem Holzarbeiter-Verbande angehörende Arbeiter den Fabrikanten eine Lohnforderung in der Höhe von 10–15 Proz. Aufschlag gegen den bisherigen Lohn. Damit sollte gleichzeitig eine einheitliche Regulierung der bis dahin ungleichmäßigen Löhne bezweckt werden. Noch am selben Tage wurden die Forderungen von den Fabrikanten bewilligt mit Ausnahme der Firma Weich, die sich bis Mittwoch eine Bedenkzeit ausbat. Da die Firma auch nach

Ablauf der Bedenkzeit zur Bewilligung nicht geneigt war, so traten die dortigen Arbeiter einmütig in den Ausstand. — Weihensteiner ist der Hauptort dieses Industriezweiges in Deutschland; die dortigen Dornier-Fabriken liefern fast für den ganzen europäischen Markt.

**Der Stand des Streiks in der Stofffabrik von Schmäling u. Barta** ist unverändert. Die eingeleiteten Verhandlungen sind an dem Widerspruch der Firma, die die Bedingungen der Streikenden einzugehen, gescheitert. Die Unterredung der Kommission mit den Inhabern dauerte kaum eine Minute, da die Kommissionmitglieder nach Anhörung der ablehnenden Antwort sofort das Zimmer verließen. Streikbrecher sind nicht vorhanden, gearbeitet wird nur von einigen ungeliebten Mädchen.

**Musikinstrumenten-Arbeiter.** Eine am Mittwoch abgehaltene Vertrauensmänner-Versammlung der im Holzarbeiter-Verband organisierten Musikinstrumenten-Arbeiter befaßte Angelegenheiten der verschiedenen Werkstätten. Dabei wurde auch erwähnt, daß die Firma Koch Vacigaluppo Grassigna u. Co. den in ihrem Betriebe beschäftigten Arbeitern unter Androhung der Entlassung verbietet, in einem Schanklokal zu verkehren, welches sich in demselben Hause befindet, wo die Fabrik ist. Der Grund dieses Verbots soll in geschäftlichen Zusammenhängen liegen, welche zwischen dem Schankwirt und der genannten Firma bestehen. Natürlich wurde ein derartiger Eingriff in die rein persönlichen Angelegenheiten der Arbeiter entschieden verurteilt. — Festgesetzt wurde, daß am 15. Dezember eine öffentliche Versammlung abgehalten werden soll, in der die Diskussion aus der vorigen, polizeilich aufgelösten Versammlung fortgesetzt wird.

### Deutsches Reich.

Ein „freisinniger“ Oberbürgermeister als „unparteiischer“ Vermittler. In Danzig, wo die Arbeiter, die mit Kartoffeln und Häringen zufrieden sind, wohnen, streiken seit einiger Zeit die Maurer bei der Firma A. Reichenberg. Diese Firma lehnte alle Einigungsverhandlungen mit den Streikenden und auch mit dem Gauleiter des Maurerverbandes strikte mit der „Begründung“ ab, daß sie mit Sozialdemokraten nicht verhandele. Die Maurer wandten sich nun an den bekannten freisinnigen Herrn Oberbürgermeister Ehlers, damit dieser die Vermittlung in die Hand nehme. Dieser Herr hat es nun auch getan, aber wie? Die Maurer forderten den beschiedenen Lohn von 45 Pf. pro Stunde. Eines Tages empfing nun der Oberbürgermeister einen Vertreter der Ausständigen und legte ihm eine von der Firma Reichenberg angefertigte Lohnliste vor. Hier waren die Maurer verzeichnet, die die Firma wieder einstellen wollte; ferner waren diese Maurer nach fünf Lohnklassen eingeteilt. Sie sollten 42, 43, 44, 45 und 46 Pf. Lohn erhalten. In den beiden letzten Lohnklassen waren jedoch nur die Polierer vertreten. Diejenigen Maurer, die nicht auf der Liste verzeichnet waren, sollten nicht eingestellt werden. Das wurde nun von den Maurern abgelehnt. Für eine derartige Vermittlung bedankten sie sich. Nun erklärte aber der freisinnige Herr Oberbürgermeister, daß der Vorschlag der Firma angenommen werden müßte! Wenn das nicht geschehe, so werde er (!) darauf dringen und dafür sorgen, daß der Bau unter allen Umständen fertiggestellt werden würde! Die Firma Reichenberg baut nämlich für die Stadt eine neue Gasanstalt. — Das ist doch noch ein Mann, der ein „warmes Herz“ für die Arbeiter hat. Vielleicht holt sich jetzt die Stadt selbst Arbeitswillige. Zutruauen ist der alles; denn als in Polen die Maurer streikten, schickte die städtische Arbeitsvermittlungstelle arbeitslose Maurer, ohne ihnen davon Mitteilung zu machen, wozu sie gebraucht werden sollten, nach Polen. Daß sich die Polizei in Danzig der Firma und der Arbeitswilligen recht liebevoll annimmt, ist ja selbstverständlich.

**Vertragsbruch und schwarze Listen.** Wer erinnert sich nicht der Veruche, Material zur Schaffung einer Zuchthausvorlage zusammen zu tragen und der Thatsache, daß diese Veruche so häufig scheiterten. Statt dessen haben die Arbeiter hundertfach die Verurteilungen der Unternehmer festgenagelt, ohne daß ein Staatsanwalt diese Vergehen ahndete oder die Gesetzgebungsmaschine zur Einschränkung des Unternehmerterrorismus in Bewegung gesetzt wurde. Die Hamburger Kaufmannsvereinigungen haben nun einen neuen Beitrag zur Charakteristik der Unternehmer geliefert. Zwischen Unternehmern und Arbeitern besteht ein Arbeitsvertrag, welcher am 1. Januar 1904 abläuft. Vor zwei Monaten benutzten die Unternehmer die augenblicklich herrschende Geschäftskrise, um die Verhandlungen zu einem neuen Vertrag anzuknüpfen. Die Forderungen waren derartig egoistische, daß ein Eingehen der Arbeiter auf dieselben gänzlich ausgeschlossen war; wollten doch z. B. die Unternehmer die Lehrlinge, welche einige Unternehmer weniger anerkennen als ihnen vertragsmäßig gestattet ist, mit auf ihr Konto übernehmen; desgleichen um den Minimallohn von 18 M. für Hilfsarbeiter zu umgehen, Arbeitsbüchsen einzustellen. Dabei haben die Unternehmer Entbehrungslöhne von (in einem Betriebe mit 90 Arbeitern) etwa 80000 M. pro Jahr einzusteden. Zum größten Teil haben die Herren vor gar nicht so langer Zeit mit unter den Arbeitern gesehnen und tüchtig mit „gefächert“, um in ihrer jetzigen Sprache zu reden. Als die Arbeiter auf solche unsinnige Forderungen nicht eingingen, aber trotzdem den Beschluß faßten, in Verhandlungen einzutreten, sperrete der größte Unternehmer einen Teil seiner Arbeiter aus, worauf die übrigen Arbeiter sich solidarisch erklärten. Nun sperreten sämtliche Unternehmer die Arbeiter aus. Als der Zwang der Aussperrung nicht erreicht wurde, sondern immer mehr Ausgesperrte abdrückten, spielten die Unternehmer den letzten Gewaltakt aus — die Berufsverweisung. Kalt lächelnd nahmen die Arbeiter dies auf, ja, die Vorgesperrten unter ihnen sogar mit einiger Gemüthsruhe; ist doch damit auch den rückständigsten Arbeitern der Gedanke von einer Harmonie zwischen Kapital und Arbeit ausgegangen. — Der Vorgang lehrt jedenfalls, daß man beim Abschluß von Tarifverträgen weniger mit der Ehrenhaftigkeit des Unternehmers als vielmehr mit der Kraft der Arbeiterorganisation zu rechnen hat.

### Der Klassenkampf in Crimmitschau.

Der von uns gestern mitgeteilte Versuch, in Forst Streikbrecher für Crimmitschau zu werben, ist leider doch nicht ganz so erfolglos verlaufen, wie wir zuerst glaubten. Von den sechs Weibern ist tatsächlich einer, der Tuchmacher Otto Döhlinger aus Forst, den Crimmitschauer Textilbaronen auf den Leim getroffen. Der Agent ist ein ehemaliges Mitglied des Textilarbeiter-Verbandes, der Arbeiter Ernst Krone, Promenade 14 in Forst.

Krone versprach den Leuten in Forst in Bayern einen garantierten Mindestlohn von 20 Mark pro Woche, worauf sie sogar ihre Stellen in Forst aufgaben, um sich zu verbessern. Vor der Abfahrt machte Krone die Leute noch sicher, indem er in einem Restaurant eine Mark für die ausgesperrten Crimmitschauer zahlte! Auf dem Bahnhofe löste er zunächst Bahrtickets nach Leipzig. Aber während der ganzen Fahrt wurden die Gepäckstücke doch nicht das Gefühl los, daß irgend etwas nicht in Ordnung sei. Beim Aussteigen auf der Station Leitzschau in Crimmitschau sollten sie von ihren Zweifeln erlöst werden. Ganz bis sechs Gewandarmen mit geladenen Gewehren standen zu ihrem Empfang bereit. Da sie das Verbrechen des Streikbruchs nicht begehen wollten, verboten sie sich diese Begleitung und suchten Anschluss an die Ausgesperrten; bis auf einen, den genannten Döhlinger.

### Gegen den Agenten wird Anzeige wegen Betruges erstattet.

Der moralische Erfolg des Kampfes ist übrigens schon heute auf Seiten des Textilarbeiter-Verbandes. Wie der Ausfall der Schlacht in Crimmitschau auch sein möge, der Verband wird gestärkt aus derselben hervorgehen. Tausende von neuen Mitgliedern sind seit Beginn dieses Kampfes dem Verbande beigetreten, ein Duzend neue Filialen und neue Zahlstellen begründet und immer neuen Agitationsstoff liefert gerade der Kampf in Crimmitschau der unermüdbaren Leitung der Organisation. Die Hoffnung, daß sie den unheimlichen Dränger, daß sie den Textilarbeiter-Verband durch ihre rigorose Aussperrung vernichten oder auch nur aktionsunfähig machen könnten, können die Textilbarone in Crimmitschau ruhig aufgeben. Damit haben sie aber die Schlacht verloren. Befiehlt der Textilarbeiter-Verband weiter, so dauert der Krieg um den Zehntendtag an. Eine Niederwerfung der Crimmitschauer Zehntendekämpfer im Augenblick würde nur bedeuten, daß die Beschlagenen sich in ihre Schanzen zurückziehen und bei geeigneter Zeit wieder daraus hervorbrechen werden. — So lange die Fabrikanten in Crimmitschau den Zehntendtag nicht betwillingen, wird die dortige Industrie nicht zur Ruhe kommen. Deswegen liegt es sogar im Interesse stabiler Verhältnisse im Textilgewerbe zu Crimmitschau, wenn die Arbeiter jetzt den Sieg davontragen.

**An die Arbeiter Deutschlands aber ergeht immer wieder der Ruf: Halte! Zugunsten! Tragt Munition zu!**

Dem Verband der Graveure, Ciseleure zc. erhalten wir folgende Zuschrift:

In Nr. 285 des „Vorwärts“ befindet sich eine Notiz, wonach im Verband der Graveure, Ciseleure Deutschlands eine „Kraßstimmung“ stattgefunden über die Frage: „Ob man sich einem Industrieverband anschließen soll“.

Diese Mitteilung ist unzutreffend. Im vereinigt auftretenden Kollegen, welche sich für obige Idee erwärmen, zu beweisen, daß nur ein verhängnisvoller Bruchteil unserer Mitglieder gewonnen ist, sich einem Industrieverband anschließen, wurde eine Frage aus einer zur Zeit von uns herausgegebenen statistischen Fragebogen wie folgt gestellt:

„Gelten Sie die Central-Verufsorganisation, den Verband der Graveure, Ciseleure und verwandter Berufsgruppen für die richtige Form der Organisation unserer Berufscollegen? — Oder einen Industrieverband? — Und welchen?“

Daß auf Grund des bei der Beantwortung gewonnenen Materials auch nur entfernt daran gedacht werden kann, unsere über 2000 Mitglieder zählende Organisation würde sich einer andern Gruppe anschließen, halten wir für ausgeschlossen, da unsere Organisation seit den sechs Jahren ihres Bestehens in finanzieller Beziehung, wie in der stetig wachsenden Mitgliederzahl unsere Wünsche vollumfänglich befriedigt.

Der Vorstand.  
J. A.: E. Brückner.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Centrums-Abgeordnete Gerstenberger.

Würzburg, 3. Dezember. (Privatdepesche.) Die Berufung des Reichstags-Abgeordneten Gerstenberger von der Centrums-partei gegen den Rechtsanwalt Eberhard ist vom Landgericht verworfen worden. Dem Abg. Gerstenberger war der Vorwurf der bewußten Unwahrheit gemacht worden.

In der Verhandlung vor dem Schöffengericht war Eberhard zu einer Strafe von 20 M. verurteilt worden, weil nur in zwei Fällen der Beweis der bewußten Unwahrheit als erbracht angesehen wurde. Bei weiteren zwei Fällen wurde festgestellt, daß die Behauptungen Gerstenbergers zwar unwahr gewesen sind, nicht aber, daß der Kläger sich der Unwahrheit bewußt war. Strafmildernd kam in Betracht, daß der Ton des Herrn Gerstenberger ein solcher sei, dessen sich ein anständiger Mensch nicht bediene. —

**Ueber die Handelsbeziehungen zu Großbritannien.** In der Begründung der Vorlage über die Handelsbeziehungen zum britischen Reich heißt es: Nachdem der Handelsvertrag zwischen Zollverein und Großbritannien vom 30. Mai 1860 von Großbritannien am 30. Juli 1898 gekündigt, wurde der Bundesrat ermächtigt, die in der Vorlage genannten Vorteile auf ein Jahr weiter zu gewähren. Diese Verfügung wurde mehrmals, zuletzt durch Gesetz vom 20. Mai 1901 bis 31. Dezember 1903 verlängert. Der Bundesrat machte von der Ermächtigung bisher gegenüber allen Teilen des britischen Reichs, außer Kanada, Gebrauch. Der Entwurf will den Bundesrat in die Lage setzen, die gleiche Verfügung auch über Jahresfrist hinaus in dem durch die Lage der Handelsbeziehungen bedingten Umfange auszuüben. Solche Verlängerung der Souveränität liegt im Interesse der Bestrebungen auf Herstellung einer dauernden Grundlage für den Warenverkehr zwischen dem Deutschen Reich und den verschiedenen Teilen des britischen Reichs. Sie erscheint besonders auch im Hinblick auf die sonstigen Verhandlungen wegen der Erneuerung von Handelsverträgen zweckmäßig und gerechtfertigt.

### Italienische Deputiertenkammer.

Rom, 3. Dezember. (B. L. Z.) In der fortgeführten Debatte über die Regierungserklärung sprachen die Abgeordneten Rosafenda, Lechis und Camera. Darauf ergriff Ministerpräsident Giolitti das Wort und führte unter gespannter Aufmerksamkeit des stark besetzten Hauses aus, er freue sich, daß niemand das Regierungsprogramm in seinen wesentlichen Grundzügen bekämpfe habe. Die hauptsächlichsten Einwendungen seien gegen den Ursprung und die Zusammenfassung des Ministeriums erhoben worden. Sein Entschluß, sich mit dem Sozialisten Turati zu verbinden, sei nicht nur ernst gemeint, sondern auch durchführbar, weil in Italien keine Reform unmöglich sei. Wie sein Vorgänger Zanardelli, so habe auch er sich an die Radikalen Marcora und Sacchi gewandt. Wenn er zwar deren Mitwirkung nicht erlangen konnte, so werde deshalb doch nicht auch nur ein Punkt des Programms geändert werden. Die Vorwürfe gegen den Senator Paterno, dem er das Unterrichtsministerium angeboten habe, weise er zurück. Ein Sozialist aus Palermo, der diese Anschuldigungen veröffentlicht habe, sei von den Berichten verurteilt worden. (Lebhafte Weisung.) Der finanzielle Teil des Programms sei sorgfältig erwogen worden, wie Luzzatti dies demnächst in seinem Finanzbericht darlegen werde. Er halte es für eine nationale Pflicht, den südlichen Provinzen durch die That zu zeigen, daß man ernstlich gewillt sei, ihren Bedürfnissen abzuhelfen. Der Ministerpräsident schloß mit dem Wunsch, daß das Parlament sich einer thätigen und fruchtbarsten Arbeit zum Heile des Vaterlandes widmen möge, welches alle mit gleicher Innigkeit liebten. (Lebhafte Weisung.)

Wegen die von der Regierung angenommene Tagesordnung stimmten 117 Mitglieder des Hauses. Unter ihnen befanden sich Sacchi und die Sozialisten; für die Regierung stimmten unter anderem Marcora und Rudini. Nach der Abstimmung wurde Giolitti von vielen Seiten beglückwünscht.

### Gruben-Ünglück.

Dortmund, 3. Dezember. (B. L. Z.) Der „Dortmunder Hg.“ zufolge wurden auf der Zeche „Schleswig“ bei Brackel infolge heftigen Aufstoßens des Förderkorbes auf den Einschlag 17 Bergleute, darunter mehrere schwer, verletzt.

Genève, 3. Dezember. (B. L. Z.) Infolge starker Regengüsse sind sämtliche Flüsse in der hiesigen Gegend angeschwollen; mehrere Brücken sind weggerissen; der Verkehr ist im ganzen Lande unterbrochen. Der Scutarisee hat die benachbarten Dörfer überschwemmt. Scutari, Njela und Wirbazar stehen unter Wasser.

Reichstag.

1. Sitzung. Donnerstag, 3. Dezember 1903, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowski.

Das Haus ist sehr stark besetzt.

Den Vorsitz übernimmt als Alterspräsident

Abg. v. Winterfeldt-Mentlin (L.): Meine Herren! Nach der Geschäftsordnung § 1 ist es bei Beginn einer Legislaturperiode die Pflicht des ältesten Mitgliedes der Versammlung, die Leitung zu übernehmen, bis das Präsidium des Reichstages gebildet ist. Ich bin am 2. März 1823 geboren und vom Bureau als das älteste Mitglied bezeichnet worden. Ich erlaube mir die Frage, ob irgendeiner von den Herren vor dem 2. März 1823 geboren ist. (Heiterkeit.) Es meldet sich niemand, ich nehme also an, daß ich zu Recht als das älteste Mitglied bezeichnet worden bin; ich eröffne hiermit die Sitzung und bitte, als Schriftführer mit zur Seite zu treten die Herren Abgeordneten Hinburg (L.), Krebs (C.), Pauli (Np.) und Paasche (natl.). Sind die Herren anwesend? (Die genannten Abgeordneten übernehmen die Schriftführerposten.)

Wir schreiten nunmehr zum Namensaufruf; er beginnt mit dem Buchstaben A. (Die Schriftführer Abgg. Hinburg und Krebs nehmen den Namensaufruf vor.)

An Stelle des im Hause nicht anwesenden Abg. Dr. Paasche fungiert Dr. Pieber (natl.) als Schriftführer.

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 311 Abgeordneten. Eingegangen sind: 1. der Reichshaushalts-Etat für 1904, 2. der Gesetzentwurf betr. die Handelsbeziehungen zum britischen Reich und 3. der Gesetzentwurf betreffend Änderungen im Finanzwesen des Reiches.

Abg. v. Winterfeldt-Mentlin (L.) beraumt hierauf die nächste Sitzung an auf Freitagnachmittag 2 Uhr mit der Tagesordnung: Bildung des Präsidiums. Schluß 3 Uhr.

Theorie und Taktik.

Unter diesem Titel veröffentlicht Genosse Kolb im Dezemberheft der „Socialistischen Monatshefte“ einen Artikel, den wir in der Skizzierung seiner Grundlinien zur Information unserer Leser mitteilen. Der Artikel beginnt:

Der Revisionismus ist nicht tot; er lebt und maršiert; er ist, so wie die Dinge nun einmal liegen, überhaupt nicht umzubringen. Selbst wenn man in Dresden den Wünschen einzelner Hebertrüger Folge gegeben und die sämtlichen als Revisionisten bekannten Genossen aus der Partei ausgeschlossen hätte, wäre mit einer solchen Operation für den „Rabulismus“ nichts gewonnen worden. Die Zahl der nicht bekannten Revisionisten ist viel größer, als die der bekannten, und wenn man schon damit angefangen hätte, bestimmte Richtungen innerhalb der Sozialdemokratie durch dieser Gewaltmaßregeln „unschädlich“ zu machen, so hätte man diese Operation aller Voraussicht nach recht oft wiederholen müssen. An sich ist der Revisionismus nichts, was mit den Grundsätzen und Forderungen der sozialdemokratischen Partei sich nicht verträgt; im Gegenteil glauben gerade die Revisionisten, daß mit dem Siege der von ihnen vertretenen Richtung die Entwicklung zum Sozialismus beschleunigt wird, daß durch die konsequente Befolgung der „bisherigen bewährten Taktik“ die „Geburtswehen der neuen Gesellschaft“ wesentlich gemildert und abgekürzt werden. Was ist denn eigentlich der Revisionismus? Zu letzter Linie doch nichts anderes, als die in die Theorie übersehene „bisherige bewährte Taktik“, oder mit andern Worten, die Befestigung des Widerspruchs, der zwischen dieser „bewährten Taktik“ und der von Kautsky und anderen proklamierten und verteidigten Zusammenbruch-Theorie besteht. Dieser Widerspruch ist es, der zu Konflikten führt. Wer die Parteigeschichte auch nur einigermaßen kennt, weiß, daß die „bisherige bewährte Taktik“ keineswegs immer dieselbe war, daß sie eine Entwicklung durchgemacht und sich im einzelnen immer nur gegen den beständigen Widerstand des „Rabulismus“, der Revolutionsphrasologie hat Anerkennung verschaffen müssen. Wurden gegen die Beteiligung an Parlamentarismus, an Senatorenrenten, an den Kommissionsarbeiten, an den Landtags- und Gemeindevahlen nicht ganz dieselben Einwendungen erhoben, wurden an sie nicht ganz dieselben Befürchtungen geknüpft, wie jetzt an die eventuelle Befolgung des Vizepräsidenten-Postens? Alles, was von „radikaler“ Seite gegen die Anerkennung der Formen, die bei der Befolgung dieses Postens in Betracht kommen, vorgebracht wurde, waren „alle Kamellen“. An sich war diese, wenn tatsächliche Frage von sehr sekundärer Bedeutung. Wenn sie trotzdem so viel Staub aufgewirbelt und schließlich den Anlaß zu der Debatte über die Taktik auf dem Dresdener Parteitag gegeben hat, so geschah dies deshalb, weil man diese rein taktische Frage mit dem Prinzip verknüpft hat. Damit waren die Voraussetzungen für eine Debatte gegeben, in deren Verlauf die ganze Serie von Gespenstern, als die „Versumpfung“, die „Verwässerung der Prinzipien“, das „Aufgeben des Klassenkampfes“, die „Annäherung an die bürgerlichen Parteien“ usw. aufmarschierten. Unter alte Bekannte, die regelmäßig auf der Bildfläche erscheinen, sobald irgend eine Frage der Taktik zur Diskussion steht.

Dann wendet sich Kolb gegen Kautskys Auffassung von der sozialen Revolution und stellt die Behauptung auf, wenn es richtig wäre, daß es zwischen Proletariat und Bourgeoisie zu einem letzten entscheidenden Kampfe kommen müsse, daß dem wir dann unsere Gegner niederzwingen, dann müßten wir erklären, daß unsere ganze parlamentarische Tätigkeit erfolglos sei, daß der ganze zweite Teil unseres Programms innerhalb des kapitalistischen Staates auch nicht einmal teilweise verwirklicht werden könnte, und wir müßten die ganze bisherige Taktik aufgeben. Die Grundfrage der Kautskyschen Darlegungen ist nämlich die Auffassung, daß wir die Staatsgewalt allmählich ergreifen, soll wohl heißen, nach und nach an der Regierung teilnehmen können. So sagt er wenigstens nach den eben angeführten Ausführungen:

„Eine totale Besitzergreifung der Staatsgewalt hat einen entscheidenden letzten Kampf“ zwischen Proletariat und Bourgeoisie zur absolut sicheren Voraussetzung. Wie aber wird dieser Kampf ausgefochten? Das ist eine Frage, die, wenn man den Kampf für absolut sicher hält, eine bestimmte klare Antwort erfordert. Daß eine solche letzte entscheidende Auseinandersetzung unblutig verlaufen würde, ist ganz und gar ausgeschlossen. Kautsky mag hundertmal betonen, eine Revolution im bisherigen Sinne sei ausgeschlossen, weil unmöglich; wenn seine Theorie richtig wäre, müßte eine solche Revolution kommen.“

Und dann nach weiteren polemischen Betrachtungen über verschiedene Äußerungen von Kautsky und Bebel:

„Auf welche Weise das Proletariat in den Besitz der politischen Macht kommen wird, kann kein Mensch vorhersehen. Wenn man aus den bisherigen Erfahrungen Schlüsse ziehen darf, so wird das Proletariat der schrittweisen Eroberung der politischen Macht seinerseits keinen Widerstand entgegenzusetzen. Die totale Besitzergreifung der politischen Macht kann nur nach einem letzten entscheidenden Kampf“ zwischen Bourgeoisie und Proletariat erfolgen, aus dem das Proletariat als Sieger hervorgeht. Die Voraussetzung des dauernden Erfolges eines solchen Sieges wäre aber eine entsprechend fortgeschrittene ökonomische Entwicklung und eine organisatorische Macht des Proletariats, die nur errungen werden kann, wenn die Möglichkeit der organisierten Tätigkeit durch das Proletariat vorher nicht unterbunden wird. Ist und bleibt aber diese Möglichkeit vorhanden, dann braucht es nicht zum Zusammenbruch, zur Katastrophe zu kommen, sondern dann sind alle Vorbedingungen für eine organische gefegliche Entwicklung gegeben.“

Bebel sagt: Nicht plötzlich soll die politische Macht erobert werden. Aber wie denn sonst, wenn das schrittweise Erobern derselben verboten und mit dem Bannfluch der Dresdener Resolution belegt ist?“

Man kann gegen die Dresdener Resolution Nr. 130 noch so viel einwenden, aber daß sie die schrittweise Eroberung der politischen Macht mit dem Bannfluch belege, zu solcher Behauptung kann man nur kommen, wenn man politische Macht und Teilnahme an der Regierung identifiziert. So ist auch die ganze schließlich hierauf folgende Auseinandersetzung auf der letzten Gleichsetzung von Eroberung der politischen Macht und Ergreifung der Staatsgewalt, will sagen der Regierung, aufgebaut, indem diese zwei sehr verschiedenen Dinge fortwährend durcheinander gedrosen und beide Ausdrücke abwechselnd gebraucht werden. Deshalb kann er auch mit Seelenruhe sagen:

„Diese ganze Auffassung von der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, wie sie Kautsky vertritt, ist ein Rückfall in die Utopie.“

Der Artikel schließt:

„Unsere „bisherige bewährte Taktik“ ist die in die Praxis übersehene Theorie der Evolution. Es gibt nur die Alternative: Entweder wir ziehen aus unserer bisherigen Taktik die Konsequenzen für die Theorie, oder wir ziehen aus der Zusammenbruchstheorie die Konsequenzen für die künftige Taktik. Der Widerspruch zwischen Theorie und Taktik kann auf die Dauer nicht bestehen bleiben, denn er führt immer wieder zu inneren Konflikten.“

Partei-Nachrichten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Verbreitung eines sozialdemokratischen Volkskalenders als gewerbmäßiger Hausierhandel.

Der im Verlage der Volksbuchhandlung zu Halle a. S. erscheinende Volkskalender wurde von dem Parteigenossen Koppe in der Gegend von Bitterberg verbreitet. Den Auftrag dazu hatte A. von Vertrauenspersonen der sozialdemokratischen Partei. Er nahm für den Kalender von den Abnehmern pro Stück 10 Pfennig und auch nur 5 Pfennig, wenn er nicht mehr erhalten konnte. Das Geld war an die Volksbuchhandlung in Halle abzuliefern und kam der Parteikasse zugute. Weder A. noch seine Auftraggeber hatten einen Vorteil vom Betriebe des Kalenders. Gleichwohl wurde Koppe wegen Hebertragung des Hausierhandels-Gesetzes angeklagt, weil er den Gewerbebetrieb im Umherziehen ausgeübt habe, ohne im Besitze eines Gewerbebescheinigung zu sein und ohne daß seine Auftraggeber einen solchen gelöst hätten. Die Strafkammer beim Amtsgericht Bitterberg verurteilte ihn als Berufsvergehen zu einer Geldstrafe und erklärte es für gleichgültig, daß er aus dem Betriebe der Kalender keinen Gewinn erzielte. Es läge ein gewerbmäßiger Betrieb im Umherziehen vor.

Angelagter legte Revision beim Kammergericht ein und machte geltend, daß jedes Merkmal der Gewerbmäßigkeit fehle. Weder er noch seine Auftraggeber hätten ein Geschäft gemacht. In Wirklichkeit habe es sich darum gehandelt, zur Zeit der Wahlen sozialdemokratische politische Druckschriften zu verbreiten. Die Verbreitung an sich sei das Motiv gewesen und nicht die Erzielung eines Gewinnes. Die Entgegennahme von fünf- und zehn-Pfennigstücken stelle eine Art Kollekte dar und zwar zu Gunsten der sozialdemokratischen Parteikasse. Nicht für Rechnung einer Person oder einer juristischen Persönlichkeit sei der Vertrieb erfolgt.

Das Kammergericht wies die Revision ab und führte aus: Es sei gleichgültig, daß A. und seine direkten Auftraggeber keinen Profit erzielten. Gewerbmäßig handle schon, wer gegen Vergabe von Waren für andre, und sei es auch eine Parteikasse, Geld einnehme. Der Fall liegt hier wie beim Verkauf der „Kriegsruhe“ der Heilsarmee, wo das Gericht ebenso erkannt habe.

Sociales.

Verbotswidriges Verhalten im Betriebe.

Das Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetz bestimmt, daß der Anspruch auf Rente ganz oder teilweise abgelehnt werden kann, wenn sich der Verletzte den Unfall bei Begehung eines durch strafrechtliches Urteil festgestellten Verbrechens oder vorsätzlichen Vergehens zugezogen hat. Diese Bestimmung kommt mehr als in einem Betriebe besonders gegen die Bergarbeiter in Anwendung, weil hier verbotswidriges Verhalten auf Grund bergpolizeilicher Vorschriften bestraft werden kann. Es werden aber gerade im Bergbau gewisse Vorschriften regelmäßig übertreten; um Zeit zu sparen, werden sehr oft Aufzüge benutzt, die der Personförderung nicht dienen sollen. Diese Hebertragung geschieht so gewohnheitsmäßig, daß den meisten Personen das verbotswidrige Verhalten gar nicht zum Bewußtsein kommt. Geignet sich ein Unfall, so beruft sich die Snappschäfts-Versicherungsgesellschaft regelmäßig auf die Bestimmung des Gesetzes, die es ihr gestattet, die Rente zu kürzen und sie hat auch damit wiederholt Erfolg gehabt. Das Reichs-Versicherungsamt hat sich bemüht, dieser Gesetzesvorschrift eine mildere Anwendung zu geben, und es dürfte damit auch das Richtige treffen.

Eine Entscheidung des Reichs-Versicherungsamtes, die unter Vorsitz des Geheimen Regierungsrats Dr. H. Lügge gefällt wurde, beansprucht wegen der eigenartigen Zustände in Betrieben besonderes Interesse. Im vorliegenden Falle war ein Bergarbeiter tödlich verunglückt, weil er verbotswidrig das Fördergestell eines Bremsberges benutzt hatte. Die Snappschäfts-Versicherungsgesellschaft kürzte der Witwe mit ihren fünf Kindern die Rente auf die Hälfte; von dem Schiedsgerichte wurde aber die Rente wieder auf den vollen Betrag erhöht und auf den erhobenen Betrag seitens der Versicherungsgesellschaft schloß sich das Reichs-Versicherungsamt der Entscheidung des Schiedsgerichts mit folgender Begründung an:

„Es steht fest, daß der Erkläser der Kläger am 1. Juli 1902 auf der Fache Graf Deuß-Schacht den Bremsboden zum Fahren benutzt hat, bei dieser Gelegenheit infolge Reißens des Seils mit dem Gestell in die Tiefe gestürzt und tödlich verunglückt ist. Die Benutzung des Fördergestells eines Bremsberges zum Fahren ist durch §§ 23, 53 der damals noch gültigen Bergpolizei-Verordnung vom 6. Oktober 1887 verboten. Eine Ausnahme von dieser Vorschrift findet nur statt für Grubenbeamte und für die mit Revision der Zimmerung, sowie mit Ausführung von Reparaturarbeiten beauftragten Personen unter den in § 22 der Verordnung angegebenen Bedingungen und ferner, wenn es zum Transport schwerverletzter Personen notwendig ist. Angefaßt der Vorschrift in § 1 Abs. 2 des Reichs-Strafgesetzbuchs in Verbindung mit § 298 Abs. 1 des Preussischen Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 in der Fassung des Gesetzes vom 24. Juni 1892 charakterisieren sich alle Zuwiderhandlungen gegen die von der Bergbehörde erlassenen Bergpolizei-Verordnungen als Vergehen.“

Das Rektorsgericht nimmt in Hebereinstimmung mit den Vorinstanzen an, daß der Erkläser der Kläger das Verbot der Benutzung des Fördergestells zum Fahren gekannt hat. Er hat also vorsätzlich eine bergpolizeiliche Verbotsvorschrift überschritten, und es kann deshalb keinem Zweifel unterliegen, daß an sich die Voraussetzungen zur Anwendung des § 8 Abs. 2/3 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes vorliegen.

Dennoch war der vorliegende Fall nicht geeignet, die teilweise Verletzung der Dinerbebenentente billig erscheinen zu lassen. Das Rektorsgericht hält an den in der Entscheidung am 15. Januar 1902 ausgesprochenen Grundsätzen (Amtliche Nachrichten des Reichs-Versicherungsamtes 1902, Entscheidung 1933) fest. Mit Rücksicht darauf, daß im Bereiche der Preussischen Monarchie ein

Unfall gegen jede bergpolizeiliche Vorschrift nach Lage der heutigen Gesetzgebung Vergehen im Sinne des Reichs-Strafgesetzbuchs darstellen und deshalb in Betrieben die Klasse der Bergarbeiter sich auf dem Gebiet der Unfallversicherung in einer erheblich ungünstigeren Rechtslage befindet als die Angehörigen der meisten anderen unter der Unfallversicherungs-Gesetze fallenden Berufe, ist es angezeigt, eine Verjagung oder Ermäßigung der Rente nur dann eintreten zu lassen, wenn besonders erschwerende Umstände vorliegen. Es ist aber das Vorhandensein von erschwerenden Umständen in keiner Weise erkennbar. Wie die Beweisaufnahme ergeben hat, war das Fördergestell von dem Volkmann und seinen Arbeitskameraden benutzt worden, um von einer Arbeitsstelle nach einer anderen zu gelangen, an welcher sie, einem ihnen von dem Steiger erteilten Auftrage entsprechend, Arbeiten auszuführen hatten. Die Fahrt war also im Interesse des Betriebes unternommen worden. Sollte schon aus den vorangeführten Gründen der Anspruch der Beklagten, den Bescheid vom 20. September 1902 wiederherzustellen, nicht als gerechtfertigt erachtet werden, so müßte noch gegen diesen Anspruch in Betracht gezogen werden, daß zu dem unglücklichen Ausgange der von dem Volkmann unternommenen Fahrt wesentlich ein Verschulden der Zechenverwaltung mitgewirkt hat.

Wie der Bergrevier-Beamte bei der Untersuchung am 4. Juli 1902 festgestellt hatte, war das Bremsseil durch Kost derartig schadhaf geworden, daß die Drähse bei einmaligem Ziehen durchbrachen. Bei ordnungsmäßiger Kontrolle hätte dieser Schaden bemerkt werden müssen, ein solches Seil hätte nicht verwendet werden dürfen. Gäßen am 1. Juli 1902 Grubenbeamte oder mit Revision der Zimmerung oder mit Ausführung von Reparaturarbeiten beauftragte Personen das Fördergestell benutzt oder hätte mittels dieses Gestells der Transport Verletzter stattgefunden, wie dies ja die Bergpolizei-Verordnung ausdrücklich zuläßt, so wären diese Personen wahrscheinlich infolge der Prüchigkeit des Seils in die Tiefe gestürzt und verunglückt.

Unter diesen Umständen bedurfte es keiner Erörterung der Frage, ob außerdem noch zu Gunsten der Kläger zu berücksichtigen ist, daß, wie sie behaupten und unter Beweis stellen, das Fördergestell bis zu dem Unfalltage mit einer gewissen Regelmäßigkeit von den Bergleuten zum Fahren benutzt worden ist. Das Rektorsgericht ist der Ansicht, daß der vorliegende Fall unter seinen Umständen die Ermäßigung der Rente rechtfertigt, und deshalb war der Rektors jurisdiktionsweise.

Das Urteil wird allgemein befriedigen und es ist anzuerkennen, daß sowohl Schiedsgerichte wie auch das Reichs-Versicherungsamt auch früher schon in ähnlichen Fällen ähnlich entschieden haben; aber es ist doch immerhin nur mehr einer sozialen Auffassung vom Wesen der Versicherungsbeziehung entsprungen und es läßt auch, wie ebenso frühere Entscheidungen dieser Art, die Auffassung von Grundgesetzen, die bei der Anwendung des § 8 G.-U.-V.-G. zu gelten haben, vermissen. Es operiert fast ausschließlich mit Billigkeitsgründen, worunter auch der eine Rolle spielt, daß in anderen Betrieben nicht so viele Strafverurteilungen mit so hohen, den Begriff „Vergehen“ erfüllenden Strafen existieren, wie im Bergbetriebe, so daß also Bergarbeiter oft gegen den § 8 G.-U.-V.-G. verstoßen durch Handlungen, die in anderen Betrieben lediglich infolge Fehlens der Strafverurteilung oder infolge niedrigerer Straffestsetzung keinen solchen Verstoß bilden. Verunglückt also ein Bergarbeiter unter solchen Umständen, so kann für ihn oder seine Hinterbliebenen die Kürzung oder Verjagung der Rente zulässig sein, während es für den Arbeiter in einem anderen Betriebe nicht zulässig sein könnte, obwohl er bei Begehung der gleichen Handlung verunglückt ist. Man kann annehmen, daß der Gesetzgeber eine solche offensichtliche Ungerechtigkeit nicht gewollt hat. Wenn aber einmal im Reichs-Versicherungsamt die Auffassung hervortritt, daß die Rechtsprechungs-Instanzen nicht in der Lage seien, diesen Mangel des Gesetzes durch billige Auslegung möglichst auszugleichen, so wäre gar nichts dagegen zu machen. Es sollten deshalb die hier hervor gehobenen Umstände bei Gelegenheit auch gesetzgeberisch in Erwägung gezogen werden.

Noch ein anderer wichtigerer Umstand zeigt einen offenen Mangel des § 8 G.-U.-V.-G. Der in Rede stehende Unfall wäre wahrscheinlich nicht passiert, wenn das Fördergestell in ordentlichem Zustande gewesen wäre; das Seil wäre bei Benutzung der Vorrichtung zur Materialförderung, wozu sie ja bestimmt ist, erst recht gerissen, und es konnte dann ebensowohl Unheil entstehen für die Bedienungsmannschaft. Das R.-V.-A. berücksichtigt diesen Umstand bei seiner Entscheidung, aber wiederum nur durch Operieren mit Billigkeitsgründen. Die sind sehr anerkenntnenswert, bieten aber doch keine dauernde Garantie. Nach dieser Richtung sollte der § 8 G.-U.-V.-G. unbedingt eingeschränkt oder sonstige im Gesetze Vorgeordnete getroffen werden. So das Verschulden des Unternehmers durch Vernachlässigung der Betriebseinrichtungen mindestens ebenso groß ist wie das des Arbeiters durch Hebertragung von Verbotsvorschriften, da widerstrebt es dem Rechtsbewußtsein, daß der verunglückte Arbeiter mit seinem Rentenanspruch darauf angewiesen sein soll, ob gewisse Rechtsprechungsinstanzen zufällig billig denken.

Noch sei für Arbeiter ausdrücklich darauf hingewiesen, daß durch das vorliegende Urteil wie die sonstige Praxis des Reichs-Versicherungsamtes natürlich die Anwendung des § 8 G.-U.-V.-G. niemals ausgeschlossen wird; man hüte sich also nach Möglichkeit vor der Verletzung von Verbotsvorschriften, insbesondere solcher, die sich als Vergehen charakterisieren.

Herstellung von Zündhölzern.

Die „Berliner Korrespondenz“ schreibt: Nach dem Reichsgesetz vom 10. Mai 1903 darf zur Herstellung von Zündhölzern weiches Phosphor nur noch bis 1906 verwendet werden. Um den deutschen Fabrikanten, soweit sie an jeder Reibfläche entzündbare Streichhölzer herstellen, den Uebergang zu einer dieser Anforderung genügenden weichphosphorfreien Zündmasse zu erleichtern, hat das Reich ein brauchbares Verfahren zur Herstellung einer entsprechenden Zündmasse erworben und stellt dieses Verfahren den deutschen Zündholzfabrikanten auf Antrag zur Verfügung.

Der Reichsanwalt hat nunmehr denjenigen deutschen Zündholzfabrikanten, welche dies bisher beantragt haben, die Zusammenfassung der Zündmasse sowie eine eingehende Beschreibung des Verfahrens zur Herstellung der Masse mitgeteilt. Diese Mitteilung erhält jeder deutsche Zündholzfabrikant ausschließlich zur eignen Verwendung.

Fabrikanten, welche dies wünschen, werden nach Maßgabe der beim Reichsamt des Innern eingehenden Meldungen auf Kosten des Reiches in der Herstellung der Zündmasse praktisch unterwiesen.

Aus Industrie und Handel.

Die Konzentration in der Kohlenindustrie.

Als im Sommer die Erneuerung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenfondulats in Frage stand, wurde außer den vielen Gründen, die zu Gunsten des neuen Syndikatsvertrages in der Presse ausgespielt wurden, auch der mit angeführt, daß der neue Festsetzungsmodus der Beteiligungsziffer (die Ziffer gilt für die ganze Dauer des Vertrages und wird nur entsprechend der jährlichen Zunahme des Kohlenabfahes erhöht) der Konzentration in der Kohlenindustrie, der Auffassung der Kohlen durch die großen Zechen, entgegenwirkte. Schon damals traten wir dieser in kapitalistischen Wäutern vertretene Ansicht mehrfach entgegen und erklärten z. B. im „Wirtschaftlichen Wochenbericht“ der Nr. 172 des „Vorwärts“ (vom 26. Juli):

„Trotz dieser Maßregel dürfte jedoch weder die bisherige Konzentrationseinstellung, noch die zunehmende Hebermacht der großen Gesellschaften im Syndikat eine Störung erleiden. Im Gegen-

teil wird die Konzentration voraussichtlich noch gesteigert werden; denn es wird, wie sich bereits bei den Verkaufsverhandlungen zwischen der Gewerkschaft „Freie Vogel“ und „Inverhoff“ und der Zeche „Ewald“ zeigt, das Bestreben der großen Bergwerks-Gesellschaften sein, die kleineren minderwertigen Zechen aufzukaufen, um diese dann still zu setzen und den auf sie bisher entfallenen Anteil den andern, besser rentierenden Gruben zuzuwenden. Ferner dürfte aber auch die Deckung des sich aus der Verbrauchszunahme ergebenden steigenden Mehrbedarfs hauptsächlich den großen Gesellschaften zufallen. Seit Beziehen des Syndikats hat der Kohlenbedarf jährlich um circa 4 Proz. zugenommen; bleibt dieses Verhältnis dasselbe, dann wird sich von 1903 bis 1915 die Kohlenproduktion des Syndikats um circa 50 Proz. steigern. An der Deckung dieses Mehrbedarfs werden aber nur wenige der kleineren Zechen teilnehmen können, denn dazu fehlt es ihnen an abbaufähigen neuen Grubenfeldern und an den nötigen Kapitalien. Zudem sind die Bedingungen für die Teilnahme an der Deckung dieses Mehrbedarfs ziemlich streng.

Diese Auffassung hat bald nach der Erneuerung dadurch Bestätigung gefunden, daß sich die großen Gesellschaften frampfhaft bemühen, die kleinen, wenig leistungsfähigen Zechen anzukaufen, um deren Betrieb ganz oder teilweise stillzulegen und dafür in ihren besser rentierenden Gruben die Förderung dementsprechend auszubehalten: eine Bewegung, die rasch so stark geworden ist, daß jetzt schon das offiziöse „Reichs-Blatt“, die „Reichs-Blatt“ sie zum Gegenstand eines langen Artikels macht.

„Nachdem aber“, schreibt das Blatt, „der neue Vertrag mit diesem Syndikat (der Vertrag über die Beteiligung) aufgeräumt hat, mußte man sich nach einem andern Wege, um zu einer höheren Förderleistung zu kommen, umsehen. Einen ganz neuen Weg schlug zuerst die Zeche „Konfordia“ ein, indem sie die Zeche „Steingatt“ käuflich erwarb, womit auch die Beteiligungsziffer von „Steingatt“ auf sie überging. Die neu angekaufte unrentable Zeche wurde still gelegt und ihre Beteiligung von mehr als 200 000 Tonnen aus den Schächeln von „Konfordia“ gefördert. Das weitsehende Vorgehen der Zeche „Konfordia“ öffnete erst vielen die Augen und man erkannte den Wert der Beteiligungsziffern.

Dem Beispiel von „Konfordia“ folgte zunächst die Zeche „Mont Genis“ mit dem Erwerb von „Bommerbänker Tiefbau“. Inzwischen ist der neue Syndikatvertrag sozusagen perfekt geworden und man weiß heute, daß eine Erhöhung der Beteiligungsziffer außerhalb der Reihe nur durch Ankauf einer andern Syndikatszeche möglich ist. Der Wert der Beteiligungsziffern stieg plötzlich und gleichzeitig stiegen die Kurse all der kleinen Kohlenpapiere, an denen man durch Verwertung ihrer Beteiligungsziffer Gewinn zu erzielen hoffte.

Wie die Verhandlungen mit „Julius Philipp“ und „Luise Tiefbau“ beweisen haben, gehen daher auch verschiedene größere Bergwerks-Gesellschaften mit der Absicht um, ihre Beteiligung durch Ankauf einer kleinen Syndikatszeche zu erhöhen. Diejenigen Zechen, welche an der Tonne Kohlen etwa mehr als 2 M. verdienen, machen beim Ankauf von Beteiligungsziffern ein gutes Geschäft. Die Vergütung der „Arenberg“ würde sich beispielsweise sehr günstig gestalten haben, wenn das Geschäft mit „Julius Philipp“ zu stande gekommen wäre. Rechnet man pro Tonne eine Entschädigung von 3000 M., so würde sich abzüglich der 250 M., die sich im Besitze der Gesellschaft befinden, und einschließlich der Anleihe von 1,2 Millionen Mark ein Kaufpreis für „Julius Philipp“ ergeben von circa 3 1/2 Millionen M. Wenn man annimmt, daß die Gesellschaft sich diesen Betrag in Form einer Anleihe zu 5 Proz. mit

Beihilfe besorgen kann, und daß sie die Amortisation dieser Summe in 12 Jahren, also bis zum 31. Dezember 1915, wünscht, so würde für Zinsen und Amortisation jährlich ein Betrag von rund 400 000 (genau 394 870 M.) erforderlich sein. Rechnet man mit einem Gewinn von nur 2/3 M. pro Tonne, so beträgt der Gewinn auf 300 000 Tonnen (genau 302 702 Tonnen) circa 750 000 M., so daß nach Abzug obiger 400 000 M. für Amortisation und Zinsen, immer noch ein Ueberschuß von 350 000 M. pro Anno verbleibt, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß nach Verlauf von 12 Jahren auf die Beteiligungserhöhung von 300 000 Tonnen keine Kosten mehr entfallen.

Nachdem dann noch mehrere andre Beispiele dieser Art angeführt worden sind, heißt es zum Schluß: „Auch in Zukunft wird man den Ankauf einer kleineren Syndikatszeche und den damit zusammenhängenden Uebergang der Beteiligungsziffer auf den Käufer nicht verhindern können... Der Schaden, den die Stilllegung einer Zeche für die bisher beschäftigten Arbeiter mit sich bringt, und der Ausfall für die Klassen der Kommunen hat gegen derartige Transaktionen bereits eine Opposition nachgerufen, die jedoch keine Rechtsmittel hinter sich hat. Die einzige Behörde, die bei derartigen Unternehmungen mißspricht, ist das Bergamt, wie die letzten Vorgänge bei „Julius Philipp“, wo es sich um Aufrechterhaltung der Wasserhaltung handelte, gezeigt hatte. Das Stilllegen einer Zeche zu Gunsten einer besser rentierenden resp. die Ausschaltung einer unrentablen Konkurrenz ist ein Zeichen moderner Wirtschaftsführung, die in ihren Folgen an die Wirkungen der amerikanischen Trusts erinnert.“

Gegen diesen Konzentrationsprozeß haben wir nichts einzuwenden; im Gegenteil, je mehr sich die Kohlenindustrie in einigen wenigen großen Betrieben konzentriert, desto leichter wird später ihre Verstaatlichung sein. Aber die Sache hat einen Haken. Nicht jede Zeche erzielt auf ihre gesamte Förderung einen Gewinn von 2/3 M. pro Tonne, und wenn sie ihn erzielt, ist sie doch wenig geneigt, diesen Gewinn für ihre neuen Erwerbungen auf 1 Mark pro Tonne herabzumindern zu lassen. So wird schließlich das Ergebnis nichts anderes sein, als daß die großen Gesellschaften auf weitere Herausforderung der Kohlenpreise drängen und Kraft ihrer Uebermacht im Syndikat auch durchsetzen. Der vielgerühmte Wert der Kartelle erweist sich als immer zweifelhafter.

Der Eisenbahnverband von Steinkohlen, Braunkohlen und Coaks betrug in den Monaten Januar bis Ende Oktober verglichen mit dem des gleichen Zeitraums im Vorjahre:

|  | 1902      | 1903      |
|--|-----------|-----------|
| Doppelwaggons  |           |           |
| Ruhrbezirk   | 4 000 441 | 4 629 879 |
| Oberschlesien  | 1 412 649 | 1 458 182 |
| Niederschlesien  | 274 623   | 293 276   |
| Saarbezirk   | 601 009   | 642 082   |
| Rachener Bezirk  | 139 801   | 148 311   |
| Braunkohlen-Gruben in den Eisenbahn-Direktionsbezirken Magdeburg, Halle und Erfurt | 938 234   | 1 006 805 |
| Zusammen   | 7 465 767 | 8 078 625 |

Der Verband hat danach im ganzen um 612 868 Doppelwaggons = 8,21 Proz. zugenommen. Die Zunahme hat sich also nicht ganz auf der Höhe der vorhergehenden Monate gehalten; für die Monate Januar-September betrug sie 10,15 Proz. In den einzelnen Bezirken stellte sich die Zunahme wie folgt: Ruhrbezirk 12,9 Proz., Oberschlesien 3,2 Proz., Niederschlesien 6,8 Proz., Saarbezirk 6,8 Proz., Rachener Bezirk 6,1 Proz., Braunkohlen-Gruben in den Bezirken Magdeburg, Halle und Erfurt 7,3 Proz.

Ein neuer Schiffsahrtspool? Generaldirektor Ballin von der Hamburg-Amerika-Linie, der auf der Rückreise von New York in London angekommen ist, teilte einem Vertreter der „Hamburger Nachrichten“ mit, daß gegenwärtig Verhandlungen zwischen ihm und den Vertretern englischer und amerikanischer Dampfschiff-Gesellschaften und Eisenbahnlinten schweben. Weiter erzählt das genannte Blatt, daß einer der Vizepräsidenten der kanadischen Pacific-Eisenbahn und andre Vertreter derselben an den Verhandlungen teil nahmen.

Die amerikanische Eisenzeche. Die vom amerikanischen Markt einlaufenden Berichte lassen trotz mancher Widersprüche in einzelnen erkennen, daß die Krise weiter um sich greift. Nach der bekannten Fachzeitschrift „Iron Age“ besteht zur Zeit ein zwar stiller, aber heftiger Konkurrenzkampf zwischen den Roheisenproduzenten des Nordens und der Südstaaten. Ein erheblicher Posten von Roheisen wurde in dieser Woche in Birmingham zu ungefähr 9 Dollar pro Tonne untergebracht, während später eine noch bedeutendere Tonnenzahl zum allgemein verlangten Preise von 9,25 Dollar verkauft wurde. Auch im Stahlhandel herrscht wenig Geschäft.

### Briefkasten der Redaktion.

Z. M. 33. Selbstverständlich stehen unsere Genossen, es sind mehrere, diesem Refusum-Umsatz völlig fern. Es sind zur Befestigung dieses Bedürfnisses die notwendigen Schritte eingeleitet.

### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

R. Z. 47. Die Mutter ist im Recht. — G. R. 32. 1. Rein. 2. No. 3. Film. 4. Rein. — C. B. 24. 41. Sie haben, gleichviel ob Sie angemeldet sind oder nicht, volles Recht gegenüber der Krankenkasse. In welcher Klasse Sie gehören, können wir nicht beantworten, da uns die Statuten nicht bekannt sind. Glauben Sie Ansprüche gegen die Kasse zu haben, die diese nicht erfüllt, so beantragen Sie Verurteilung der Kasse bei der Gewerbebehörde, Straßenerstraße 3-6. — Amalie 106. Nur der Ehegatte haftet. — A. G. 1874. Straßenerstraße 3-6. — Amalie 106. Nur der Ehegatte haftet, zwangsweise eingezogen werden. — C. Rein. — G. Z. Die Eltern müßten sich direkt an die Anstalt wenden. — Erbschaft. Der Pflichtteil beträgt die Hälfte des Testes, der ohne Testament dem Erben zukommen würde. Ist der Witwer ohne Hinterlassung von Eltern verstorben, so sind seine Eltern, wenn kein Testament vorliegt, seine beiden Eltern. Jeder erhalte also die Hälfte des Nachlasses. Mühsig beträgt der Pflichtteil 1/2 des Nachlasses, bei einem Nachlasse von 60 000 M. also 30 000 M. — N. G. 1. Die Zurückweisung entspricht dem Gesetz, falls die Betreffenden in die im Juli ausgelegte Urtheil nicht aufgenommen waren und die Betreffenden dagegen nicht Einspruch erhoben hatten. Der Einspruch hätte Erfolg gehabt. — Altwasser. Der 25 Wochen hindurch ununterbrochen erwerbsfähig ist, hat Anspruch auf Invalidenrente, wenn mindestens 300 Markten geleistet waren. Das Nähere soll den Antrag auf Invalidenrente schlesisch an den Magistrat richten. — N. R. Wenden Sie sich an das Auswärtige Amt. — A. P. 2. 1000. Sie können Erbschaftssteuerbefreiung verlangen. Welcher Teil auf Sie entfällt, hängt davon ab, ob Ihr Ehepartner nach marktlichem Recht oder nach dem bürgerlichen Gesetz zum Erben will. Im ersten Fall steht Ihnen die Hälfte des am Todesstunde vorhandenen Vermögens Ihres Ehepartners und der Mutter zu, im andern Falle erben Sie 1/2 des Nachlasses Ihrer Mutter. Zum Nachlass gehören auch die Nachlassschulden. — M. 100. 1. Ihre Frau hat in der Höhe zu zahlen, als sie geerbt hat. Ob die Nachlassgegenstände noch vorhanden sind, ist gleichgültig. 2. und 3. Bezahlung wäre ausbleibend: Sie hätten sofort anerkannt, daß Sie gegen die Vollstreckung nichts einzuwenden haben. 4. Nicht nach der Anzahl der Termine, sondern nach der Höhe des Objekts und danach, ob Beweisaufnahme stattgefunden hat, verhandelt, ein Urteil erlassen ist usw., richtet sich die Höhe der Kosten. Die Gerichtskosten können in Ihrem Fall, abgesehen von Schreibgebühren, Zeugengebühren u. dergl., etwa 30 M. betragen. — Haus. Tragen Sie den nachteiligsten Sachverhalt dem Justizminister vor und beantragen Sie Unternehmung und Bestrafung. —

## Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Freitag, 4. Dezember.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Cyberhaus. V. Einfonle-Wend. Schauspielhaus. Doktor Klaus. Deutsches. Rote Bern. Berliner. Gustav Wolff. Festung. Kapellmeister. Weiten. Das Mädchen des Eremiten. Neues. So ist das Leben. Residenz. Ein Seitenstück. Vorher: Der zündende Funke. Central. Der Hottelbinder. Thalia. Der Hochzeitsst.

Anfang 8 Uhr:  
Schiller O. (Wallner-Theater): San Marcos Tochter.  
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Bajantolena.  
Velle-Alliance. Los vom Manne. Carl Weich. Maria Theresia und ihr Hof.  
Luisen. Romeo und Julia. Altes. Rastplatz. Trianon. Biscolte. Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.  
Casino. Weihnachtskloster. Der verurteilte Sohn.  
Metropol. Durchlaucht Radieschen. Apollo. Frühlingstanz.  
Palast. Mutter und Sohn.  
Winter-Garten. Spezialitäten.  
Passage-Theater. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Urania. Taubenstrasse 48/49.  
Um 8 Uhr im Theater: An den Seen Ober-Italiens.  
Um 8 Uhr im Hörsaal: Dr. G. Nass: „Ueudie und doch wertvolle Metalle.“

### Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.

### CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 105.  
Der Indianer-Riese  
Mianko Karoo vom Stamm der Sioux-Indianer.  
Lebend! Die zusammengewachsenen Schwestern Rosa und Josefa.  
Grosses Promenaden-Konzert  
d. Wiener Elitekapelle Forschneritsch vorm. nachm., abds.

### Central-Theater.

Neue abend 7 1/2 Uhr:  
12. Freitag-Abonnements-Vorstellung.  
Die Glocken von Corneville.  
Roman-Com. Oberette u. Pianocette.  
Morgen nachm. 4 Uhr halbe Preise, jeder Erwachsene ein Kind frei.  
Der gestiefelte Kater.  
Morgen abend: Der Rastelbinder.

### Metropol-Theater.

Durchlaucht Radieschen!  
Burlasche Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Julius Freund.  
Musik von Victor Holländer.  
In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.  
Im 4. Bilde:  
Grosses Ballett  
Wie damals im Monat Mai.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

### W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstrasse 16.  
Preciosa.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sonnenabend: Extra-Vorstellung.  
Robert Dill ins:  
Die Fieder des Musikanten.

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Freitagabend 8 Uhr:  
San Marcos Tochter.  
Ein romantisches Trauerspiel in fünf Aufzügen von Arthur Hülger.  
Sonnenabendabend 8 Uhr:  
Die Stützen der Gesellschaft.  
Sonntagabend 8 Uhr:  
Die Stützen der Gesellschaft.  
Sonntagabend 8 Uhr:  
Die Jungfrau von Orleans.

### Urania.

Taubenstrasse 48/49.  
Um 8 Uhr im Theater: An den Seen Ober-Italiens.  
Um 8 Uhr im Hörsaal: Dr. G. Nass: „Ueudie und doch wertvolle Metalle.“

### Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.

### CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 105.  
Der Indianer-Riese  
Mianko Karoo vom Stamm der Sioux-Indianer.  
Lebend! Die zusammengewachsenen Schwestern Rosa und Josefa.  
Grosses Promenaden-Konzert  
d. Wiener Elitekapelle Forschneritsch vorm. nachm., abds.

### Central-Theater.

Neue abend 7 1/2 Uhr:  
12. Freitag-Abonnements-Vorstellung.  
Die Glocken von Corneville.  
Roman-Com. Oberette u. Pianocette.  
Morgen nachm. 4 Uhr halbe Preise, jeder Erwachsene ein Kind frei.  
Der gestiefelte Kater.  
Morgen abend: Der Rastelbinder.

### Metropol-Theater.

Durchlaucht Radieschen!  
Burlasche Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Julius Freund.  
Musik von Victor Holländer.  
In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.  
Im 4. Bilde:  
Grosses Ballett  
Wie damals im Monat Mai.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

### W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstrasse 16.  
Preciosa.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sonnenabend: Extra-Vorstellung.  
Robert Dill ins:  
Die Fieder des Musikanten.

### Schiller-Theater N.

(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).  
Freitagabend 8 Uhr:  
Vasantasena.  
Drama in 5 Akten nach einer Dichtung des Königs Sudrasa. Frei bearbeitet von Emil Pohl.  
Sonnenabendabend 8 Uhr:  
Liebelel. Hierauf: Litteratur.  
Sonntagabend 8 Uhr:  
Im weissen Rössl.  
Sonntagabend 8 Uhr:  
Der Bibliothekar.

### Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:  
Dochthätigkeits-Vorstellung.  
Gastspiele: Fr. Wachner, Fr. Wienrich, Fr. Christians und Fr. Krausneck.  
Romeo und Julia.  
Sonnenabend: Der Räuber von Salamea.  
Sonntagabend 8 Uhr:  
Das Mädchen von Hellstrom. Abends zum erstenmal: Alpenkönig und Menschenfeind.  
Montag: Der Räuber von Salamea.

### Residenz-Theater

Direktion S. Lautenburg.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Ein Seitenstück.  
Schwank in 3 Akten von G. Herr, Dehore und Grillemaud. Deutsch von Max Schönn.  
Morgen und folgende Tage: Die selbe Vorstellung.  
Sonntagabend 8 Uhr: Seine Kammerzofe.

### ALT-CHINA

### Kunst-Ausstellung

LEIPZIGER-STRASSE 18



Täglich geöffnet 10-8.  
Entree 1 M., Sonntag 50 Pf.

### Trianon-Theater.

Georgenstrasse, zwischen Friedrichs- und Universitätsstrasse.  
Im 4. Bilde:  
Grosses Ballett  
Wie damals im Monat Mai.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntagabend 8 Uhr: Die Notbräute.

### Cirkus Schumann.

heute Freitag, den 4. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:  
Zum drittenmal:  
Babel und Bibel

oder: Die Pracht, der Untergang und die Wieder-erweckung des Weltreiches von Babylon.  
Eine Wanderung durch acht Jahrtausende in Form einer grossen Ausstattungs-Pantomime in 11 Abteilungen. Nach einer Idee von A. Moszkowski. Einstudiert vom Ballettmelster G. Pratesi und in Scene gesetzt vom Direktor Alb. Schumann. Musik vom Kapellmeister A. Baranek.  
Näheres glänzendes Programm.  
25 männliche Akrobaten-Kinder des Herrn Julius Seth.  
Mlle. Dutrien: Refordisprung, 50 Fuß = 15 Meter.

### Passage-Theater

Anfang Sonntags 3 Uhr, Wechentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.  
Berlin hat wieder eine Sensation!  
Mortonellos  
Enthauptung  
einer lebenden Dame!

### Apollo-Theater.

Um 8 Uhr:  
Frühlingsluft  
mit dem Ballett Blütenhochzeit.  
Um 9 1/2 Uhr: Mit grossem Orchester: Vision nach dem Ballet.  
Pantomime, Musik von „Drei Stroben“.  
Um 10 Uhr: Die neuen glänzenden Spezialitäten: Ivan Tschernoff, ein Morgen auf dem Sport-Platzhof.  
Kelly and Ashby X Francois-Truppe amer. Excentrics.  
Equilibristen.  
Die Passperts, Tanz-Duett.  
Kosmograph und Biophon.

### Casino-Theater.

Roßtr. 37. Anf. 8. Sonnt. 7 1/2.  
8 Uhr: Weihnachtskloster.  
8 1/2: Nuschla Melitta — Loro-Quartett.  
Corradini.  
9 1/2 Uhr: Der verurteilte Sohn.  
Sonntag 4 Uhr: Hotel Klingebusch.

### Kleines Theater.

Unter den Linden 44.  
Nachtasyl.  
Anfang 8 Uhr.

### Cirkus Busch.

Freitag, den 4. Dezember cr., abends 7 1/2 Uhr:  
Karl Hagenbecks  
größte Raubtier-Schau.  
6 ausgewachsene Königstiger,  
3 Riesen-Elöwen,  
2 Riesen-Gisbären,  
3 schwarze Bären.  
Die größte und sensationellste Raubtiergruppe, welche je gesehen worden ist, vorgeführt von Herrn Richard Sawade.  
Berliner Winterfreunden.  
Humoristisches Range-Schauspiel.

### Berliner Prater-Theater

Nastanien-Allee 7-9.  
Freitag, den 4. Dezember 1903:  
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.  
Die Blinde von Paris.  
Drama in 5 Akten von J. Hermann.  
Anfang 8 Uhr.

### Fröbel's Allerlei-Theater

fr. Puhlmann, Schöndauer-Platz 148.  
Inhaber: Wilhelm Fröbel.  
Sonntagabend 5 Uhr:  
Grosse Extra-Vorstellung  
der beliebten Zimmermanns  
Norddeutschen Sänger  
Nach der Vorstellung um 10 Uhr:  
Grosser Ball.  
Entree 30 Pf. Sperlitz 50 Pf.  
Montag 8 1/2 Uhr: Gastspiel Bühnen-Ensemble Goethe.  
Dienstag 8 1/2 Uhr: Gastspiel des Stadtbad-Theaters.  
Mittwoch 8 Uhr: Familien-Abend.  
Norddeutsche Sänger. Nach der Vorstellung Drei-Tanz.

### Königstadt-Kasino

Soligmarstr. 73, Ecke Alexanderstrasse.  
Täglich:  
Franz Sobanski.  
Das grossartige Dezember-Programm mit: Molly Vorch, The Klatt's ufm. Zum Schluss: Der Konfusionsrat.  
Nach der Vorstellung:  
Rittwoch, Sonnabend, Sonntag: Tanz.

### Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.  
Abends 8 Uhr:  
Der Hüttenbesitzer.  
Schauspiel in 5 Akten von G. Kief.  
Sonnenabend 4 Uhr: Kinder-Vorstellung. Daffau Abdul. Sonntagabend 8 Uhr: Die Rastelbinder u. Berlin.  
Morgen: Der Weinebauer.

### Palast-Theater

Burgstrasse 22, früher Fein-Palast.  
Heute grosse Premiere.  
Elite-Vorstellung.  
Wünsche und Träume.  
Hauerpoffe mit Gesang und Tanz in 8 Bildern von Jacobson u. Girndt.  
Musik von H. Conrad.  
Renier Semmel: Dr. Riß, Wirtler. Dazu das  
Riesen-Dezember-Programm.  
Sonnenabend: keine Vorstellung.  
Sonntagabend 8 Uhr: Gr. Extra-Vorstellung. Wünsche und Träume.  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

### Café Schurig

Oranienstr. 144, a. Moritzplatz.  
Billard-Saal: 5  
Billards (Neubusen mit Kerkau-Bande) a Stunde 40 u. 60 Pf.  
Kaffee 10 u. 15, Bier 10 Pf.

### Urania.

Wrangelstrasse 10/11.  
Jeden Sonntag:  
Grosser Ball.  
Anf. 4 Uhr. Siehe Anschlagtafel.  
Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten und Versammlungen.  
28002 C. F. Walter.

**Sanssouci.**  
 Residenz Theater - Stat. der Hochbahn.  
 Sonntag, Montag, Donnerstag:  
**Hoffmanns**  
 Norddeutsche Sängler.  
 Nach jeder Vorstellung:  
**Tanzkränzchen.**  
 Jeden Dienstag:  
**Theaterabend.**

**Reichshallen**  
**Stettiner**  
**Sänger.**  
 Anfang: 8 Uhr.  
 Sonntag: 7 Uhr.

**WINTERGARTEN**  
**Neues Programm:**  
 Salerno Meisterjongleur.  
 Johnson u. Dean Cake-Walk-Tänzer.  
 Wood u. Bates Amerik. Excentrics.  
 The Sophos Reckturnkünstler.  
**Otto Reutler** Humorist.  
 Little Fred Komische Hundedressur.  
 Krema Familie Ikarische Spiele.  
 Piwitt Pierrot.  
**Annette Gillard** erste Sängerin  
 von der Opera Comique in Paris.  
 4 Schwestern Merkel Equilibristin.  
 Bokken Lassen Strassensängerin.  
 „Pariser Luft“ Ballettdivertissement.  
 Biograph mit neuen interess. Aufn.

Heute giebt es wieder  
**FrISCHE Blut-**  
**und Leber-Wurst**  
 in bekannter tadelloser Qualität.

**Rich. Augustin,** Lindenstr. 89.  
 „Vorwärts“-Haus, Frühstücks- und  
 Mittagstisch, Sitzungszimmer.  
 Habe mich in **Rixdorf, Fulda-**  
**straße 1** (alte Berlinerstr.), als  
**Zahnarzt** niedergelassen. 1406\*

**Kopfläuse** nobel Brut ver-  
 schwinden sofort  
 Unschädlich. Erfolg  
 überraschend.  
 In Drogerien 50 Pfg. **„Puffi“**

**Herren-Kragen,**  
 — reinste, garantiert frisch, —  
 verschiedene Facetten in allen Weiten,  
 Stück 15 Pf., so lange der Vorrat reicht.  
 — Geschlossene Kragen —  
 per Dutzend 3 Mk. und 3 Mk. 50 Pfg.  
 Manichetten, Prima, garant. frisch  
 1/2 Dutzend 1.80 Mk.,  
 Oberhemden, Servietten, Krawatten,  
 in größter Auswahl, Trikotsagen,  
 Strümpfe, Hosenträger, Handschuhe.  
 Detailverkauf zu Engrospreisen.  
**Ernst Marcuse, Münstr. 23.**

**Uhren-Ansverkauf.**  
 Wegen gänzlicher  
**Auflösung**  
 unter vielen 1898  
 gegründeten (34662\*)  
 Uhren-  
**Engros-Lagers**  
 Verkauf zu haushalt-  
 billigen Preisen direkt  
 an Private. Frei-  
 schwebender 13, —, Re-  
 gulatorien, 14 Tage,  
 Schlag, 1 Meter lang,  
 10, —, Herren-Uhren  
 12, 4, 75, silberne  
 12, 7, 50, gold, 12, 30, —,  
 Damenuhren, silberne  
 12, 7, 50, goldene von 12, 14, — an.  
 Große Auswahl in Hausuhren etc.  
**Hilmer & John,**  
 Berlin, Leipzigerstr. 66, Hofbatt.

**Steppdecken**  
 Gelegenheitskauf.  
 Wollatlas, alle Farben 4, 05  
 Similiseide, alle 6, 00  
 Normal-  
 Schlafdecken 2, 00, 3, 00 M.  
 Special-  
 Haus **Emil Lefèvre,**  
 Berlin S., Oranienstrasse 150.

**Achtung! Nutmacher. Achtung!**  
 Sonntag, den 6. Dezember cr., vormittags 10 Uhr, bei Feind,  
 Weinstraße 11 (großer Saal):  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Urabstimmung über den Tagungsort der nächsten Generalversammlung.  
 2. Die Lohnsätze in der Strohhutfabrik von Engel & Comp.  
 betreffend und welche Schritte dagegen zu unternehmen, um den dort  
 bestehenden Mißständen entgegenzutreten? 294/4  
 Ehrenpflicht aller Kollegen und Kolleginnen, insbesondere der Strohhut-  
 näherinnen ist es, vollständig zu erscheinen.  
**Der Vorstand.**

**Arbeiter-Bildungsschule Berlin**  
 Sonntag, den 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr,  
 im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal I):  
 Vortrag des Genossen E. Stoboy über:  
**„Unser Wollen und Wirken“**  
 Nach dem Vortrage:  
**Gemütliches Beisammensein und Tanz.**  
 Eintritt 20 Pf. — Garderobe frei.

**Arbeiter-Bau-Genossenschaft**  
**„Paradies“**  
 zu Berlin. (G. G. m. b. H.)  
 Sonntag, den 13. Dezember 1903, vormittags 9 1/2 Uhr,  
 in Palais Ritterfelsen, Ritterstraße 75:  
**Außerordentliche General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
 1. Anträge des Vorstandes betreffend Änderung unseres Statuts.  
 2. Unser Manifest. 3. Verwaltungsberechnungen und Bericht.  
 Anträge, welche zur Beschlußfassung kommen sollen, müssen bis spätestens  
 Dienstag, den 8. d. M., in Händen des Vorstandes sein.  
 Die außerordentlich wichtige Tages-Ordnung dieser Versammlung muß  
 es jedem Mitgliede zur Pflicht, pünktlich zu erscheinen.  
**Der Vorstand. N. N.: G. Kosska, Wenerstr. 29.**

**Album- und Lederwaren-Fabrik**  
**Oskar Gundau,**  
 Oranienstrasse 30, Ecke Adalbertstr.  
 Gr. Lager aller Arten Lederwaren  
 u. Schmucksachen zu bill. Preisen.

**Agitationsmaterial!**  
 Als billiges und wirksames  
 Agitationsmaterial empfehlen wir:  
 100 Exemplare zu M. 7.  
 500 „ „ „ 25.  
**Georg v. Rollmar:** Lehren und  
 Folgen der letzten Reichstags-  
 wahlen.  
**Robert Albert:** Kaiser-Adressen!  
 nebst einem Anhang: Kruppischer  
 Wohlthätigkeitsschwindel.  
**Job. Timm:** Socialdemokratie und  
 Centrum. Thallagen u. Material  
 zur Arbeiterforschung und  
 Centrumpolitik.  
 Lieferung kann nur erfolgen, soweit  
 der Vorrat reicht.  
**G. Birk & Co., München.**

**Damen erhalten**  
 elegante Garderoben  
 nach Maß bei nur geringer  
 Zeitabnahme. (32632\*)  
**J. Kurzberg, Königsstr. 47 II.**  
 Direkt a. Alexanderpl.

**Nur**  
**neueste**  
**Moden.**  
 Dieser steife, schwarze Hut mit Zutter,  
 moderne Form, kostet 1,90 M.  
**Cylinderhüte und Chapeau claque**  
 in großer Auswahl.

**Special-Hut-Engroslager nur neuester Moden.**  
**Einzelverkauf zu Fabrikpreisen**  
 im Comptoir Neue Königsstr. 48, 1 Treppe,  
 drittes Haus von Alexander-Platz.  
 Größte Auswahl, außerordentlich billige Preise. 35182\*  
**Filzhüte für Herren,** neueste Form, mit Zutter M. 1,50,  
 mit Atlasfutter M. 2, —, hochfeine  
 Qualität M. 2,50, extra feine M. 3, —, beste Qualität M. 4,50.  
 Sonntags geöffnet.

**Grosser Fang**  
 veranlaßt mich die  
 Preise noch zu  
 ermässigen. 34/8\*  
**Ernst Napp Nachf.,** Swinmünde No. 56, Ost-u. Nordsee-Fisch-Imp.  
 Beste Bezugsquelle. Fracht u. Port. frei je jede Stat. Keine Nebenberechn.  
 Prämiiert: Goldene Medaille 1903. Gr. Ehrendiplom Paris 1903.  
 1/2 Fass **400 Salzfeathering** wirklich  
 ca. 350 bis 400 Fetherlinge. Featheringe,  
 weissfleischig u. zart, Original-Größe M. 10 M., 1/2 Fass 6 M.,  
 auch zum Einl. ff. 1/2 Dose ca. 60 Fetherlinge 2 1/2 M., 100 Goldbüchel 3 M.  
 100 Rollmöpse Bismarckheringe 2,90 M., bei 5 Dosen 2 1/2 M.  
 ff. 2,90 M., 80 Delikatessheringe 2,90 M., „ „ 2 1/2 M.,  
 60-70 Bratheringe 2,90 M., 60 Stück See-Aal in Gelee 2 1/2 M. (Postdose).  
**Präsent** Colli enth. Ranch-Lachs, Bismarckheringe, Oel-Sard.,  
 Anchovis Oel-Sardinen usw. 4 1/2, 5, 5 1/2, 6 M.,  
 60 Stück geräucherter prima Aale ff. 10 M., 40 fettere 10 1/2, 20, dies. 5 1/2 M.  
**Achtung!** **Achtung!**  
**Gewerkschaften und Vereine.**  
**Tanzlehrerverein „Solidarität“**  
 (gegründet 1892)  
 empfiehlt sich hierdurch bei vorkommenden Festlichkeiten. Bestellungen sind  
 zu richten nach dem Vereinslokal, Gewerkschaftshaus, Engel-  
 Ufer 15, am Hüfel. Tagung: Jeden Freitag abends 9 Uhr.  
**Der Vorstand.**

**Puppen-Fabrik u. Klinik**  
**Brunnenstr. 119, Otto Kreyszig, Brunnenstr. 119.**  
 laßt man, wie bekannt, am besten und billigsten Puppen, sowie sämt-  
 liche für Puppen nötige Artikel? Erhältliche werden gratis besichtigt.  
**Puppen-Reparaturen billigst.**

**Prosit! Böhmisches Brauhaus.**  
**BERLIN.**  
  
 Empfehlen unser helles u. dunkles  
**Tafelbier:**  
**Gambrinusbräu (Münchener)**  
**Nepomukbräu (Pilsener)**  
**Böhmisches Brauhaus NO.**  
 Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5006.  
 Flaschen- „ Frieden-Strasse 93. T. VII. 1670.  
 Unsre Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen  
 Kolonialwaren-Handlungen.

**Grosser Ausverkauf.**  
 Kauf u. Tausch  
 gebr. Apparate. Umtausch 1.8 Tag.  
 ohne Verlust.  
 1 9/12 Apparat nach m. Dopp.-Stoff u. Obj. (18) 9.—  
 2 9/12 „ „ „ „ „ „ 1-3 Dopp.-Stoff. (20) 10.—  
 3 9/12 Klapp.-App. mit 3 Dopp.-Stoff u. Obj. (35) 18.—  
 1 9/12 m 3 u. Goerz Dopp.-Stoff. (225) 110.—  
 2 13/18 Stat.-Stamm nach u. nach m. 1 Dopp.-Stoff. (30) 18.—  
 3 13/18 „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ (48) 24.—  
 2 13/18 „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ (60) 35.—  
 2 13/24 „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ (48) 26.—  
 1 13/18 Goerz Finch-Klapp. mit 3 Dopp.-Kassellen und Goerz  
 Dopp.-Anastigm. III 2 (325) 190.—  
 3 Spiegel-Reflex-Kam. 9/12 u. 13/18 m. 3 Dopp.-Stoff. 45.— 60.— u. 80.—  
 ca. 40 Stüd Hand- u. Stat.-Kam., die hier nicht angef. sind, sehr billig.  
 Großer Solten Kopierrahmen pa. Postkarten 10 Stk. 0.35, 100 3.—  
 6/9 9/12 12/18 13/18 18/24 24/30 24/30 5. Hälfte d. Preisf. 1.90  
 25 25 50 60 1.— 0.50 Entwicklerpatronen a 0.25  
 Hochempfindl. Trockenplatten, Posten Zinkniglaten,  
 gar. fehlerfrei, 1/2 Dtz. 1/2 Dtz.  
 4/6 6/9 9/12 13/18 14/24 24/30 6/9 9/12 Stat. 13/18 u. größte  
 40 50 1.— 1.90 3.90 7.— 10 10 20 25 30—50  
 Schalen, Messuren, Reisetaschen, Stativ, Vergrößerungs-App., enorm billig.  
 Viele Objectivs 1. 6/9 9/12 13/18 18/24 24/30 5. Hälfte d. Preisf.  
 Berlin N. 65. (34372\*)  
**Georg Leisegang, Reinholdsdorferstr. 56 b.**

**Neu! Neu! Klosterglocken**  
 Reizendes  
 Unterhaltungsspiel,  
 ganz aus Metall (Kunst-  
 schmiedeeisen), mit 12 har-  
 monisch abgestimmten Glocken.  
 Grösse ca. 35x35 cm. Ist  
 das neueste, beste, billigste u.  
 haltbarste Instrument i. jung  
 u. alt. Jed. kann sof. Lieder,  
 Tänze usw. darauf spielen,  
 da sämtl. Glocken nume-  
 riert, ebenso d. beiliegend.  
 Musikstücke. Die Töne d.  
 Glockenspiels sind ent-  
 schärfend schön (nicht  
 schrillend) u. übertrifft  
 es alle ähnl. bisher er-  
 schienenen Instrumente.  
 Auch zum Zusammenspielen mit andern Instrumenten ist dasselbe  
 unentbehrlich. Ein Verstimmen, Versagen od. Zerspringen der  
 Glocken ist unmöglich, daher unverwundlich. Instrument. Das  
 Klosterglockenspiel ist ein Hausschatz f. jede Familie. Durch seine  
 vornehme Ausstattung eignet es sich insbesondere auch als Fest-  
 geschenk für die verschiedensten Gelegenheiten. Der Preis des  
 prachtl. u. aufsehen erregenden Instruments ist mässig u. kostet  
 in hochfeiner emailierter u. vernickelter Ausführung mit Auf-  
 bewahrungskarton, Spielhämmerchen, verstellb. Standstütze,  
 Notenhalter u. über 200 neueste Couplet-Lieder, Walzerlieder-  
 Verse u. andre Musikstücke usw. nur Mk. 5,25, 2 Stück kosten  
 Mk. 10.— u. 3 Stück Mk. 14,50. Verpackung wird nicht berechnet.  
 Wer Einkäufe von mindestens Mk. 6.— macht, erhält noch ein  
 hübsches Geschenk. Die hier beschrieb. Glockenspiele sind mir  
 vom Kaiserl. Patentamt unt. No. 293771 vor Nachahmung gesetzl.  
 geschützt. Man bestelle deshalb direkt. 35101\*  
**O. C. F. Meier, Instr.-Fabr., Braunschweig, 121**  
 Reich illust. Prachtkataloge üb. nur bess. Polyphons, Drehorgeln,  
 Mund- u. Zugharmonikas, Sprechapparate, Zithern, Violinen,  
 Gitarren, Saiten, Trompeten, Automaten u. alle andern Musik-  
 instrumente versende auf Wunsch umsonst. — Man gebe an,  
 auf was reflektiert wird. — Ca. 10 000 ehrende Anerkennungen,  
 Zeugnisse u. Nachbestellungen.

**Specialgeschäft emailierter Haushaltungs-Artikel**  
**Georg Wiesner, Königsberger-**  
**Strasse 15.**  

|                               |      |      |      |       |      |      |         |      |         |
|-------------------------------|------|------|------|-------|------|------|---------|------|---------|
| Obale Wannen                  | 35   | 40   | 45   | 50    | 55   | 60   | 65      | 70   | cm      |
|                               | 1,15 | 1,40 | 1,60 | 1,90  | 2,40 | 3,00 | 3,75    | 4,40 | pr. St. |
| Kaffeeböden mit Ring          | ca.  | 14   | 16   | 18    | 20   | 22   | 24      | cm   |         |
| Schmortöpfe zu Gas            | 45   | 55   | 65   | 75    | 85   | 100  | pr. St. |      |         |
| Schmortöpfe mit Ring          | 40   | 45   | 50   | 65    | 80   | 90   | pr. St. |      |         |
| Gehäufte Schmortöpfe mit Ring | St.  | 2    | 3    | 3 1/2 | 4    | 5    | 6       | 7    |         |
|                               | 75   | 95   | 105  | 110   | 120  | 140  | 155     | pr.  |         |

 Sämtliche Preise verstehen sich für Geschirre prima Handelsqualität.

**Ein volles Portemonnaie**  
 behalten Sie, wenn Sie Ihre Geschenke zum bevorstehenden  
**Weihnachtsfeste**  
 an Uhren, Gold-, Silber-, Alfenide und Optische Waren bei  
**Werner & Fleckinger, Uhrmacher und Goldarbeiter**  
 Pappel-Allee 3/4, Ecke Schönhauser Allee, kaufen.  
 (Telephon Amt III. No. 640. 3447L\*)  
**Strengste Reellität. Coulanteste Bedienung.**  
**Achtung! Trauringe.** 2 Dukaten, 900 gestempelt . . . . . 19,50 M.  
 2 Dukaten, 985 . . . . . 21,50 M.  
**Seltene Goldene Damenuhr mit langer goldener Kette von 25 M. an.**  
**Angebot!** Silb. Herren-Cyl.-Remontoir-Uhren, 6 Rubinen von 7,50 M. an.  
 Desgleichen Damen-Uhren von 9,00 M. an.

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß  
 unser Mitglied, der Schlosser  
**Johann Nowacki**  
 am 1. d. M. gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Freitag, den 4. Dezember, nach-  
 mittags 2 1/2 Uhr, von der Halle  
 des Friedhofes in Wilhelmshagen  
 ans statt. 161/9  
 Angeh. Beerdigung erwartet  
 Die Erbsverwaltung.

**Arbeiter-Radfahrerverein**  
**„Berlin“.**  
 Sonntagmittag 2 Uhr:  
 Schließliche Bräde nach Baum-  
 schulenweg bei Aldermann. 18/6  
**Allgem. Orts-Krankenkasse**  
 für die  
**vereinigten Gewerbebetriebe**  
**Charlottenburgs.**  
 Wir bringen hierdurch zur öffent-  
 lichen Kenntnis, daß in den Wahl-  
 versammlungen am 27. bezw. 30. No-  
 vember a. e. für die in den Wahl-  
 protokollen näher bezeichneten Anti-  
 werben die nachstehend aufgeführten  
 Personen in den Vorstand neu-  
 bezw. wieder gewählt worden sind:  
 a) seitens der Arbeit-gewer-Be-  
 trieben: Die Herren  
 Schneidermeister J. Schulz,  
 Uhrmacher J. Gebhardt und  
 Restaurateur Kant;  
 b) seitens der Delegierten der Kassen-  
 mitglieder: Die Herren  
 Arbeiter Schrel, 279/1  
 Arbeiter Albert Schröder,  
 Arbeiter Theodor Grabe und  
 Schlosser Otto Reed.  
 Charlottenburg, 1. Dezember 1903.  
**Der Kassenvorstand.**  
 H. Schael, Vorsitzender.

**Vätergenossenschaft Volkstrot,**  
 eingetragene Genossenschaft mit be-  
 schränkter Haftung. Sonntag, den  
 13. Dezember 1903, vormittags 11 Uhr,  
 zu Berlin im Saale des Genossenschafts-  
 Betriebsbüros, Schreinerstr. 71: Dritte  
 ordentliche Generalversammlung.  
 Tagesordnung: 1. Jahresrechnung und  
 Geschäftsbericht für 1902/1903.  
 2. Beschlußfassung über die Gewinn-  
 und Verlustrechnung 1902/1903 und  
 Entlastung. 3. Ergänzung des Auf-  
 sichtsrates. 4. Festsetzung des Gesam-  
 tbeitrages, den die Mitglieder der Ge-  
 nossenschaft nicht überschreiten sollen.  
 Die Bilanz und Gewinn- und Verlust-  
 rechnung sind Protokollträger Nr. 15  
 I Treppe links einzusehen. Berlin,  
 2. Dezember 1903. Vätergenossen-  
 schaft Volkstrot, eingetragene Genossen-  
 schaft mit beschränkter Haftung.  
 Der Vorstand: August Barlow, Her-  
 mann Barz, Duncker, Paul Hallens-  
 leben, Kollahn. 295/8

**Grossartiger Concert-**  
**PHONOGRAPH**  
**8 Mark nur**  
  
**Unerreicht laut spielend.**  
 12 Künstlerwalzen pr. St. 75 Pf.  
 Neubespielte alter Walzen 50 Pf.  
 Große Auswahl  
 von grösseren Apparaten.  
 Illustr. Preislisten gratis u. franco.  
**A. Pietschmann, Berlin S. 14**  
 Alexandrinerstrasse 44. L

**Damen-Konfektion**  
 direkt aus der Fabrik.  
 Kein Laden!  
 Jetzt nach beendeter Engros-  
 Saison  
**Einzelverkauf**  
 zu enorm  
 bill. Preisen:  
**Jackets**  
**Palctots**  
**Capas**  
**Abendmäntel**  
**Kostüm-  
 Röcke**  
 für Damen  
 und Mädchen.  
**Damen-Mäntel-Fabrik**  
**Robert Baumgarten**  
 Hausvogteiplatz 11, 2. Etage  
 (a. d. Jerusalemstrasse).  
 Auch Sonntags geöffnet.

**Sirichfleisch** 25-30-40 Pf.  
 Reheulen und Blätter.  
**Große Hasen** 2,75 u. 3,—  
**Oderbr. Gänse** 55 u. 60 Pf.  
 Junge Enten, Hühner, Kaninchen 70 Pf.  
 Trübener Aml IV,  
**A. Ritschl, Straße 61.** 1599.

**Partiwaren-Haus „Avanti“** fertige Herren- und Knaben-Garderoben.

I. Etage. **Rosenthalerstr. 60** I. Etage.  
Ecke Steinstrasse.

Von heute ab kommt zum schleunigen Verkauf das ungeheure Lager fertiger Herren- u. Knaben-Garderoben

der liquid. Firma August Klingenberg-Dresden. und offerieren wir in  
**Abteilung I.** Einen grossen Posten Winter-Paletots, die früher bis 60 Mark verkauft wurden, jetzt von **6 1/2 M.** an.

**Abteilung II.** Einen grossen Posten Herren-Anzüge, die früher bis 58 Mark verkauft wurden, jetzt von **7 3/4 M.** an.

**Abteilung III.** Einen grossen Posten Burschen-Anzüge und Paletots, die früher bis 40 Mark verkauft wurden, jetzt von **5 3/4 M.** an.

**Abteilung IV.** Einen grossen Posten Herren-Hosen, die früher bis 20 Mark verkauft wurden, jetzt von **1 1/4 M.** an.

**Abteilung V.** Einen grossen Posten Joppen u. Jacketts, die früher bis 25 Mark verkauft wurden, jetzt von **3 1/2 M.** an.

**Abteilung VI.** Einen grossen Posten Knaben-Anzüge und Paletots, darunter die feinsten Modell-Sachen, die früher bis zu 25 Mark verkauft wurden, jetzt von **1 3/4 M.** an.

**Abteilung VII.** Einen grossen Posten Schlafrocke, die früher bis 48 Mark verkauft wurden, jetzt von **8.00 M.** an.

**Abteilung VIII.** Einen grossen Posten einzelne Westen, die früher bis 10 Mark verkauft wurden, jetzt von **1 1/4 M.** an.

Einen grossen Posten **Livree-Anzüge - Sockmäntel - Fracks - Pel.-Mäntel - Arbeitsgarderobe** für jeden Beruf.

zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

I. Etage. **Rosenthalerstr. 60** I. Etage.  
Ecke Steinstrasse

Wir erlauben uns, jedermann in seinem eignen Interesse, bevor er für sich oder seine Familie fertige Garderoben einkauft, einzuladen, unser Riesen-Etablissement zu besuchen und sich von der noch nie dagewesenen reichhaltigen Auswahl der ausgestellten Herren- und Knaben-Garderoben und von deren erstaunlich billigen Preisen zu überzeugen. **Geld gespart ist Geld verdient.**

Unsre Riesen-Etablissements sind geöffnet:  
wochentags morgens 8 bis abends 9 Uhr ununterbrochen. An Sonn- u. Feiertagen an den polizeilich erlaubten Stunden.

Partiwaren-Haus „Avanti“ Rosenthalerstr. 60 I. Etage.



**Elegante Jackett-Anzüge**  
in allen modernen Farben und Streifen  
18-45 Mark.

**Rock- und Gehrock-Anzüge**  
schwarz und farbig  
von 25-54 Mark.

**Stoff-Hosen**  
von 3-14 Mark.

**Winter-Paletots**  
elegante und moderne Verarbeitung  
in allen modernen Farben und Streifen  
von 10-54 Mark.

**Jünglings- und Knaben-Garderobe**  
in grosser Auswahl.

**Moderne Westen**  
von 1,75-7,50 Mark.

Gegründet 1870.  
**Herren- und Knaben-Garderobe**  
**Julius Lindenbaum**  
141, Grosse Frankfurterstr. 141, Ecke Fruchtstrasse.  
Grösstes Geschäft der Branche in den Bezirken O, NO, SO.  
**Feste Preise!**

**Einen**  
Versuch bitten wir mit unserer anerkannt guten 5 Pfg.-Cigarre

**Meteor**  
zu machen; Sie haben dann eine hochfeine Qualitäts-Cigarre

**gefunden**  
Alleinverkauf bei  
Stein, Chausseestr. 65/66.

**Dr. Simmel**, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4.

**Dr. Schönemann**, Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9, 1/2, 12-1/3, 3, 1/6-1/8, Sonnt. 9-11

**Glas-Christbaumschmuck!**  
Wer seinen Kindern zu Weihnachten eine Freude bereiten will, der laufe ein Stückchen des von unsren Genossen angefertigten gold- und silberglänzenden **Christbaumschmuck**. Sortiment I für 5 M. franco gegen Nachnahme, enthaltend 8-9 cm große Kugeln, dazu eine schöne große Kletterbaumspitze, klingende Gloden, Äpfel, Birnen, Aprikosen und Früchte aller Art, Phantasie- u. Nestler-Artikel, überponnene, glatte, bemalte Eier und unbenannte Eier und Stacheln, hundert Stück verflochtene Strang-Lugeln, Glaskugeln, Lametta, Konfett-halter usw., kurz alles was die Glasindustrie in Lauscha fertig bringt. Hierzu eine Gratisbeilage: ein Erdbeer- oder Himbeerstod aus Glas. 32372.  
Sortiment II franco gegen Nachnahme für 3,50, ebenfalls sehr beliebt.  
Nach vorlesen wir in allen Quanten und garantieren für völlige Zufriedenheit.  
**Guido Müller jr.**  
Lauscha, Z. 20.

**Teilzahlung**  
(wöchentlich nur 1 M.)  
Herren- u. Damenuhren  
Regulatoren  
Brochen  
Ohrringe  
Ketten etc.

Jahre & König, Warschauerstr. 72/1.

**Oderbrucher und pommersche Gänse**  
sowie Gänsefleisch, Federn, Fiesen u. Gänselein empfiehlt zu den billigsten Lagerpreisen  
**Fritz Weber**, Grüner Weg 57, im Keller.

**Kleine Anzeigen.**

**Verkäufe.**  
Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437\*  
Hochvornehme Herrenanzüge, Winterpaletots, feinsten Rohstoffen bestehend, 18,00-38,00, Seinfleiber 8-11 Mark. Deutsches Versandhaus, Negerstr. 63, 1 Treppe. 19882\*  
Winterüberzieher, Herrenanzüge, wenig getragene Monatsgarderobe von 6 Mark an. Große Auswahl, auch zurückgeschickt, neue, kauft man am billigsten direkt nur beim Schneidemeister Rürstzell, Rosenthalerstr. 15, III. Auch Sonntags. 932\*  
Winterpaletots, Planinos, Remontofahren, Uhrketten, sportlich Leihhaus, Neanderstr. 6. 40/12\*  
Teppiche, Vorleger, Gardinen, Stores, Portieren, sportlich Leihhaus, Neanderstr. 6. 40/13\*  
Wetten, Steppdecken, Akhdecken, Wände, sportlich, Leihhaus Neanderstr. 6. 40/14\*  
Spiegel, Bilder, sportlich Leihhaus, Neanderstr. 6. 40/15\*  
Regulatoren, freischwingender Operngläser, sportlich, Leihhaus Neanderstr. 6. 40/15\*  
Steppdecken, sportlich, Fabrik Weinstr. 20. 199\*  
Damenpaletots, Jadelits, hoch-elegante Modelle, teils auf Seide, durchweg 8 Mark, sonst bis 24 Mark, verkauft Julius Neumann, Belle-alliancestr. 105. 1055\*  
Paletotreihe, Anzugreihe 8,00, Solerreihe 3,00, Resterhandlung Lichtbergstr. 9. 20212\*  
Vasengrün, junge, sprechende, aus erster Hand von Hamburg eingetroffen, Kanarienvogel- und Stängelröhler, Alexanderstr. 87. 35/8\*  
Kanarienvogel, Krone, Hof- und Kängelröhler, große Auswahl, verkauft Georg Meißner, Köpnickstr. 154a, IV. 7144

**Wingelkissen.** Bobbin, Schneidnäh, ohne Anzählung. Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpnickstr. 60/61, Brenzlauerstr. 50/50 und Große Frankfurterstr. 43. 798\*  
**Teppiche!** (selbstgeknüt) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Dandeker Markt 4, Bahnhof Börse. 932\*  
**Plüschgarnitur** umständelbarer billig bei Schmal, Bergstr. 2.\*  
**Speicherbüchel.** Garderobenspind, Büchlein, Schreibliche, Kommoden, Kleiderpind, Bettstellen, Schlafbureau, Posterswaren. Feingestr. 21. 772\*  
**Teppiche** mit farbenreichen Jahresniederlagen Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737\*  
**Kaufgelegenheit!** Metallbetten, Blumenstühle, eiserne billig, Kappold, Marktgrabenstr. 18. 1134\*  
**Uhren,** Brillanten, Goldwaren bedeutend unter regulärem Preis. Leihhaus Groß, Beuthstr. 5. 19448\*  
**Musikwerke,** selbstspielende, Teilszahlungen. Invaldenstr. 148 (Eingang Bergstr.), Stahlstr. 44.\*  
**1000 neue Nähmaschinen** gebe auf Wunsch, ohne Anzählung. Langschiffchen, hochornig, komplett, mit allen Apperaten. Elegante Ausstattung, drei Jahre volle Garantie. Für die Güte meiner Nähmaschinen spreche ich Tausende meiner Kunden. E. Pellmann, Goldmannstr. 26, nahe der Landbörsestr. Alle Maschinen neu in Fabrik. 19558\*

**Teilzahlung,** sportlich Teppiche, Betten, Steppdecken, Regulatoren, Spiegel, Möbel, Remontofahren Leihhaus Neanderstr. 6. 40/15\*  
**Glaschleifer!** Elektromotor, verkauft Grüner Weg 118, 1500 Mark.  
**Kleiderkranz,** Verleis, Stühle 3,00, Bettstelle mit Matratze 24,00, Spiegel 6,00, Plüschsofa 65,00, Tisch 8,00, Reichbergerstr. 37, Hofstr.  
**Gänsefleisch,** ausgebraten, frisch, a Pfund schickig Pfennige. Steines Engros Versand, Rydorf, Neumannstr. 232.  
**Restaurant** billig zu verkaufen, mehrere Jahlstellen. Miete 1100 Mark. Monatlicher Umsatz 22 halbe Banisch, vier halbe Weibler. Zu erfragen bei Revier, Rydorf, Berlinerstr. 47-48, Ude Bodinstr. 130\*  
**Lichtdecken,** preiswert, in der Fabrik, Berlin, Wallstr. 72, 20188\*  
**Herbergardinen** (Plüsch), zwei Fenster mit Stores, zusammen 25,00, Lüsterdecken, elegante Teppich, zwei Steppdecken 12,00, Delagern, Plüsch-Wanddecken verkauft billig Hoffmann, Neumannstr. 92, I. 1496  
**Zwei** Mark vierstündig Damenhemden, Herrenhemden 3,00, Barchendhemden, Normalwäsche, Ausstattungen sowie elegante Reijemuster sportlich, Mädchenkleid Koloph Calomonsky, Dierichstr. 21 (Alexanderplatz). 61/17  
**Kanarienvogel** 1,00, Vorkläger 8,00, Neanderstr. 7. 42/5  
**Bancosofa** oder Bancospartitur, elegant, verkauft sofort billig, Händler perbeten, Frau Harriet, Liedtr. 8.  
**Bobbin,** Ringkissen, Adler, Schneidnäh, ohne Anzählung. Woche eine Mark. Fünfjährige Garantie. Lieferung sofort. Spezialgeschäft, Stralauer Allee 29. 61/19  
**Bancosofa** mit meterhohem Spiegel, 45,00, sofort veräußert Friedrichstr. 113 II. 61/20  
**Gelegenheit!** Garnitur oder Bancosofa billig, Frau Julia Gehler, Weinstr. 64. 42/1

**Verschiedenes.**  
**Unfallischen** Rechtsbureau Ruyter, Steglitzerstr. 10, 19048\*  
**Rechtsbureau** Hoff, Brunnenstr. 10, 19048\*  
**Rechtsbureau** Hertz, Friedrichstr. 10, 19048\*  
**Rechtsbureau** (Andreasplatz), Grünweg vierundzwanzig, Gerichtsbeistand, Eingabengeld, Katerstellung, Langjährige Erfolge! 925\*  
**Rechtsbureau** Andreasstr. 35, billig. 1095\*  
**Rechtsbureau** (Alexander-Platz) Kurze Str. achtzehn! Eiserne Rechtsbille! 61/15\*  
**Patentanwalt** Dammann, Köpenick, Platz 57, Rat in Patentfachen bis abends neun. 1245\*  
**Kunstschere** von Jean Kofosky, Steinmetzstr. 48, Quergebäude hochparterre.  
**Der Stoff hat?** Fertige Herrenanzüge mit Futterfasen 15,00, Wagner, Schneidermeister, Lichtbergstr. 9 (Wallstr. 10). 20228\*  
**Angemietet** mit Resterhandlung und Hauskur Grüner Weg 81, jetzt kleine Andreasstr. 5, am Andreasplatz, Scholz. 7145\*  
**Fahrradgesch.** auch defekt, Kaplof, Schönhauser Allee 163a. 93/19\*  
**Möbel,** gebrauchte, kauft billig, Weinstr. 31. 772\*  
**Bücher,** alt und neu, Lexika, Bild, Platen sowie ganze Bibliotheken laßt Buchhandlung Beyer, Oranienstr. 138.  
**Reinigungszimmer** vier, Alte Nalobstr. 119. 19068\*  
**Reinigungszimmer** bis 25 Personen, Lützow, Petristr. 89. 19068\*  
**Reinigungszimmer,** schönes Planino, ganz separ., Zeitometerstr. 28, stopffache. 1125\*  
**Kanarienvogel,** Weibchen, kauft Dibatowitsch, Riolinestr. 6. 1105

**Reisehandlung,** Kabanfertigung und Zuschneiden gratis. Hof, Schönberg, Barbarossastr. 2. 7110\*  
**Vermietungen.**  
**Verkaufsstände** in der Weihnachtsmesse für sämtliche Waren, Schaufenster, Wände, Licht, Heizung, Quadratmeter 5,00, sind zu vergeben Hammerstr. 88. 1445  
**Ich** suche Räume zum Schmelzgeschäft zu vermieten. Reich, Goldinerstr. 98. 7102  
**Arbeitsmarkt.**  
**Stellengesuche.**  
**Volks-Humorist** Max Schmecher ist frei. Rügenstr. 10. 7102\*  
**Stellenangebote.**  
**Berliner** in der Provinz verlangt Cigaretten-Fabrik „Lassalla“, Berlin, Dragonerstr. 19, Vereine, die Vertreter nachweisen, erhalten Lohneine.  
**Korbmachergeflehen** auf Marktarbeit finden dauernde Beschäftigung. Rechner, Reichenstr. 13.  
**Fahrdienstmacher** verlangt Elisabethstr. 52, Hof I. 1456  
**Stanger** und Linierer auf Holzrahmen verlangt Wolf, Dieffenbachstr. 23.  
**Klempnergeflehen** auf Kupfer- und Messingarbeit für Apparate findet dauernde Beschäftigung. E. Meißner, Hauptstr. 3, zweiter Hof rechts eine Treppe. 1396  
**Lehrling** auf bessere Klempnerei verlangt E. Meißner, Hauptstr. 3, zweiter Hof rechts eine Treppe. 1396  
**Tüchtige** Farbmachermaschinen verlangt Goldschmidt-Reichenbergerstr. 88. 78\*

**Redakteur.**  
ge sucht. Tüchtige Kraft für die „Volkzeitung“ in Düsseldorf. Offerten mit Gehaltsansprüchen an die Expedition der „Volkzeitung“, Charlotenstr. 43.  
**Lithograph. Maschinenmstr.**  
für feinsten Chromo- (Aluminium) Druck sofort gesucht.  
**Meisenbach, Riffarth & Co.,**  
Schubertstr. 8.  
**Goldleisten!**  
Tüchtiger, erfahrener Belegmeister von rheinischer Fabrik baldigst für dauernd bei hohem Lohn gesucht. Offerten mit Angabe bisheriger Tätigkeit und Wohnansprüche an die Expedition unter O. 2 erbeten.  
**Graveur für Schrift und ein Wappen-Graveur,**  
nur Prima-Arbeit, finden dauernde und gut honorierte Stelle bei der Firma  
**J. M. Hromada, Prag-Zizkow.**  
Von einer bedeutenden ausländischen Wachsdruckfabrik aus, gegen hohen Lohn, ein guter, selbstständiger und solider  
**Arbeiter**  
- nicht Meister - für die Grundlermaschine  
**gesucht.**  
Offerten mit Zeugnissen und Referenzen an Rudolf Mosse, Hamburg, sub H. M. 1459. 41/18\*  
**Achtung, Stokarbeiter!**  
Der Zusatz für Stokarbeiter aller Branchen ist streng fern zu halten bei Schmalig & Barta, Thüringerstr. 18. 88/9  
**Die Ortsverwaltung.**

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Waidmannslust. Sonntagmorgen 1/4 Uhr, Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins in der Bergschloß-Restaurant.

Schöneberg. Zur Agitation und Werbung von neuen Mitgliedern für den Konsumverein findet am Sonntag früh 8 Uhr eine Flugblattverteilung statt.

Schöneberg. Montagabend 9 1/2 Uhr findet im Lokale von 2 Krüger, Grunewaldstraße 110, die regelmäßige Mitglieder-versammlung des Vereins für Frauen und Mädchen Schönebergs statt.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die Stadtverordneten hatten in ihrer gestrigen Sitzung wieder viel Arbeit, aber noch vor 9 Uhr war die umfangreiche Tagesordnung, die ihnen vorgelegt worden war, restlos erledigt.

Eine Petition der technischen Lehrerinnen, betreffend die Anrechnung ihrer Dienstjahre, wurde dem Magistrat zur Veranschlagung „in geeigneten Einzelfällen“ überwiesen.

Eine lange Debatte entspann sich über die notwendig gewordene Aenderung des Bebauungsplanes für das größtenteils den Böghowschen Erben gehörige Banterrain nahe der Greifswalderstraße.

Die Gestaltung der städtischen Kleinwagen wird dem vom Magistrat ausgearbeiteten Entwurf unter den vom Magistrat aufgestellten Bedingungen übertragen werden.

Die Regelung der städtischen Erziehung werden in Berlin nach den bisher gemachten Erfahrungen zwei Fünftel wieder zurückgezogen und im Vorverfahren aufgegeben.

Die internationale Hochstapler und Hoteldieb Manolesco, gegen den, wie wir kürzlich meldeten, die von der Wiener Strafbehörde schwebende Untersuchung eingestellt worden war, ist seinem Schicksal nach Berlin ausgeliefert zu werden, entgegen.

Im Hotel erschossen hat sich in der Nacht zu gestern der 20 Jahre alte Kaufmann Erich Hammerstein, der eben erst von einer Reise nach Berlin zurückgekehrt war.

Der Leichenfund in Pantow, der, wie öfter berichtet wurde, Gerüchte von einem Mordverbrechen, ist jetzt vollständig aufgeklärt.

Die Armen-Speisungsanstalten sind am 1. Dezember eröffnet worden. Neu hinzugekommen sind die Anstalten Luchenerstr. 106 und Sidingenstr. 40; die 15 älteren Anstalten befinden sich: Georgenkirchstr. 64, Kleine Auguststr. 11, Annenstr. 20, Rheinsbergerstr. 15, Aderstr. 134, Langestr. 41, Schulstr. 7, Wasserthorstr. 32, Zeltowerstr. 84, Saarbrückerstr. 33, Stettinerstr. 45, Stromstr. 43, Grünauerstr. 11, Liebenwalderstr. 53 und Frankfurter Allee 110.

Augenuntersuchungen. Im Auftrage des Kultusministers werden gegenwärtig durch den Direktor der Universitäts-Augenklinik in der Charité, Professor Dr. Greeff, Augenuntersuchungen an den Schülern höherer Lehranstalten ausgeführt.

Eine Trauung mit Hindernissen. Nicht unglückliche Gegner der Straße waren es, die am letzten Sonnabend eine Trauung in der Himmelsfahrts-Kirche störten.

selbst zum Erlaunen aller Teilnehmer zu einer störenden Unterbrechung der kirchlichen Handlung veranlaßt. Am genannten Tage trat der Mechaniker R. mit seiner Braut an den Altar, um der soeben geschlossenen Ehe die kirchliche Weihe geben zu lassen.

Der Berliner Konsumverein teilt uns mit, daß er in seinem am 27. September abgelaufenen Geschäftsjahre in den eigenen Geschäften für 629 520,65 M. Waren umgelegt habe, in den Lieferantengeschäften erzielte er einen Umsatz von 170 002,05 M.

Der Markenerlös der Landes-Versicherungsanstalt Berlin belief sich im Oktober dieses Jahres auf 607 040 M., das sind um 47 203 M. mehr als der Erlös des vorjährigen Oktobers.

Manolesco in Freiheit. Der internationale Hochstapler und Hoteldieb Manolesco, gegen den, wie wir kürzlich meldeten, die von der Wiener Strafbehörde schwebende Untersuchung eingestellt worden war, ist seinem Schicksal nach Berlin ausgeliefert zu werden, entgegen.

Im Hotel erschossen hat sich in der Nacht zu gestern der 20 Jahre alte Kaufmann Erich Hammerstein, der eben erst von einer Reise nach Berlin zurückgekehrt war.

Der Leichenfund in Pantow, der, wie öfter berichtet wurde, Gerüchte von einem Mordverbrechen, ist jetzt vollständig aufgeklärt.

2 1/2-Minutenverkehr auf der Stadtbahn. Ein fahrplanmäßiger Verkehr von 2 1/2 Minuten wird zum erstenmal im nächsten Frühjahr auf der Berliner Stadtbahn eingerichtet werden.

Gasvergiftung. Der Schlächtermeister Wendke in der Lützenstraße 5 belam am Mittwochmorgen ein neues Dienstmädchen, eine 15 Jahre alte Martha Adler aus Breslau.

Gasvergiftung. Der Schlächtermeister Wendke in der Lützenstraße 5 belam am Mittwochmorgen ein neues Dienstmädchen, eine 15 Jahre alte Martha Adler aus Breslau.

erschütterliche Veranlassung vorliegt, so ist wohl anzunehmen, daß das Mädchen in dem ihm noch fremden Räume unglücklichweise an die Gasleitung geraten und den Schlauch abgerissen hat.

Straßenbahnen nach dem Nordosten. Die Große Berliner Straßenbahn hat bei der Aufsichtsbehörde folgende Anträge gestellt, um dem Verkehrsbedürfnis des Nordostens zu genügen: 1. Die Einführung einer fahrplanmäßigen Linie Prenzlauer Allee (Ecke Danzigerstraße) — Alexanderplatz — Königsplatz — Schloßplatz — Werderischer Markt — Französischestr. — Charlottenstr. — Zimmerstr. — Königsgrabenstr. — Anhalter Bahnhof (zurück im Schleifenbetriebe durch die Anhalt- und Kochstr.).

Feuerbericht. Ein größerer Kellerbrand vernichtete Donnerstagmorgen die Alarmierung mehrerer Löschzüge nach der Jägerstr. 33, gegenüber der Reichsbank. Durch Ueberheizung der Heizanlage hatte in der Nähe liegende Holzwohle und Baumaterial Feuer gefangen, das sehr schnell um sich griff.

Babel und Bibel im Circus Schumann. Es ist mehr als die bloße Pantomime eines bunten Maskenballets, die der Circusdirektor, daß er in der Pantomime den Streit anstragen läßt, der ob der Frage Babel und Bibel in den Köpfen ebenso gelehrter wie gesinnungsloser Thronstühle in letzter Zeit entbrennen durfte.

Die Armen-Speisungsanstalten sind am 1. Dezember eröffnet worden. Neu hinzugekommen sind die Anstalten Luchenerstr. 106 und Sidingenstr. 40; die 15 älteren Anstalten befinden sich: Georgenkirchstr. 64, Kleine Auguststr. 11, Annenstr. 20, Rheinsbergerstr. 15, Aderstr. 134, Langestr. 41, Schulstr. 7, Wasserthorstr. 32, Zeltowerstr. 84, Saarbrückerstr. 33, Stettinerstr. 45, Stromstr. 43, Grünauerstr. 11, Liebenwalderstr. 53 und Frankfurter Allee 110.

Augenuntersuchungen. Im Auftrage des Kultusministers werden gegenwärtig durch den Direktor der Universitäts-Augenklinik in der Charité, Professor Dr. Greeff, Augenuntersuchungen an den Schülern höherer Lehranstalten ausgeführt.

Eine Trauung mit Hindernissen. Nicht unglückliche Gegner der Straße waren es, die am letzten Sonnabend eine Trauung in der Himmelsfahrts-Kirche störten.

Barriere Komischen Oper in den Wintergarten kommt. Annette ...

Theater. Bei der Wiederholung des vom Schiller- ...

Treptow-Sternwarte. Am Sonntag, den 6. d. M., spricht Direktor ...

Aus den Nachbarorten.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte ...

Son den zahlreichen Vorlagen, die auf der Tagesordnung ...

Ramens der sozialdemokratischen Fraktion wandte sich Genosse ...

Alle andern Vorlagen wurden vertagt, darunter auf Antrag ...

Die Bernauer Angelegenheit. Die amtliche „Berl. Corr.“ schreibt: ...

Graf-Lichterfeld. Bei der Gemeinderats-Ergebniswahl, die am ...

Todessturz von der Eisenbahn. Von einem Eisenbahnzug ab- ...

Der gefährlichste Wilddieb Paul Trempel aus Rosowes, der vor ...

Gerichts-Zeitung.

Ein Akt maßloser Rohheit führte gestern den Falouste-Fabrikanten ...

vor die vierte Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte ...

„Warenhaus - Wüste“

bildeten den Mittelpunkt einer Beleidigungsklage des Kaufmanns ...

Verfammlungen.

Die in Luzuspapier- und Celluloidwaren-Fabriken beschäftigten ...

die organisierten Arbeiterinnen zum Austritt aus dem Verbande ...

Der Arbeiter-Sängerbund hielt am Sonntag, den 20. November, ...

Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen ...

Vermischtes.

Der zu Juchhausstraße verurteilte Stadtverordnete Adolf Bauer ...

Raubmord. Aus Leipzig wird gemeldet: Gestern nachmittag ...

Sturmwarnung. Wegen eines bei den britischen Inseln er- ...

Mord und Selbstmord. In einem Hotel in Köln wurde vor- ...

Von der Nordenskjöld'schen Expedition wird aus Buenos Aires ...

Der Universitätsbrand in Ottawa. Die Zahl der Vermissten ...

Marktpreise von Berlin am 2. Dezember 1903 nach Ermittlungen des Hgl. Polizeipräsidiums.

Witterungsübersicht vom 3. Dezember 1903, morgens 8 Uhr.

Wetter-Prognose für Freitag, den 4. Dezember 1903. Zunächst ziemlich ...